

J. P. Muleny



Est. A-14613

see a. pd.

Est. A-570

✓ 1843. a.

Kurländische

Landtags-Ordnung

und

Conferenz-Ordnung

auf Grund des Landtag-Schlusses 1879 § 25

vom Ritterschafts-Comité zusammengestellt.



Mitau.

Druck von J. F. Steffenhagen und Sohn.

—
1881.

Inhaltsregister der Landtags-Ordnung.

A. Landtags-Ordnung.

1. Hauptstück.

Von dem Stimmrechte.

1. Abschnitt.

Von dem Stimmrecht im Allgemeinen.

Seite.

- § 1. **Stimmrecht:** Begriff; — in ritterschaftlichen und in allgemeinen Landesangelegenheiten; — berechtigende Qualification 1

2. Abschnitt.

Von dem an Grundstücken haftenden Stimmrecht.

- § 2. **Stimmrecht** mehrerer Güter desselben Besitzers . . . 2
§ 3. „ der Assistenten, Vormünder, Kuratoren, Söhne . . . 2
§ 4. „ bei Concursen über freie Güter und über Fideicommissa . . . 2
§ 5. „ nichtindigener Assistenten, Vormünder, Kuratoren . . . 2
§ 6. „ und Willigungspflicht haften untrennbar an den in Sakentarif und Stimmliste eingetragenen Gütern; kann zeitweilig ruhen 3

3. Abschnitt.

Von dem Stimmrecht der Rentenirer.

- § 7. **Rentenirerstimmrecht:** Bedingungen für die Erlangung (cf. § 9) 3
§ 8. „ Sicherheitsbestellung 4
§ 9. „ Wohnsitz in Kurland obligatorisch 4
§ 10. „ Verzicht, unwiderruflich 4
§ 11. „ Eintragung in den Landtagschluß 4

4. Abschnitt.

Von der Entstehung neuer Stimmrechte.

- § 12. **Stimmrechte**, neue, wie sie entstehen 4
 § 13. „ auf welche Grundstücke sie basirt werden können . . . 5

5. Abschnitt.

Von dem Wiederaufleben ruhender Stimmrechte.

- § 14. **Stimmrechte**, ruhende, wann sie wieder aufleben 5

6. Abschnitt.

Von der Form und dem Orte für die Ausübung des Stimmrechts.

- § 15. **Stimmrecht**, wie es in den verschiedenen Versammlungen
 ausgeübt wird; Kugelung; laute Abstimmung 5
 § 16. „ dessen Ausübung am Orte seiner Zugehörigkeit und
 außerhalb desselben 5
 § 17. **Stimmrecht**, wo auszuüben 6
 § 18. **Stimmrecht**: nachträgliche Ausübung 6

7. Abschnitt.

Von der Ausübung des Stimmrechts in Vollmacht.

- § 19. **Stimmrecht**: Vertretung in Vollmacht 6
 § 20. „ Generalvollmacht enthält implicite die Stimmvollmacht 7
 § 21. „ Vollmachtsvertretung; Berechtigung Besitzlicher und
 Unbesitzlicher 7
 § 22. „ Vollmacht, gemeinsame für mehrere Stimmen einer
 Person 7
 § 23. „ Vollmacht, die jüngere hebt die ältere auf 7
 § 24. „ Vollmachten, deren Form 7
 § 25. „ Vollmachten, Hinzufügung einer Instruction 7

8. Abschnitt.

Von der Verpflichtung zur Ausübung des Stimmrechts und
 von der Verletzung dieser Verpflichtung.

- § 26. **Stimmrecht**: Verpflichtung zur Ausübung; — Verab-
 säumung; — Pön 8

§ 27.	Stimmrecht: mehrfache Ausübung; — Pön	8
§ 28.	„ Verabsäumung; Pönverhängung	8
§ 29.	„ Verabsäumung, fällt dem Berechtigten zur Last	8

9. Abschnitt.

Von den mit dem Stimmrecht verbundenen Lasten.

§ 30.	Kirchspielsbevollmächtigte: Verpflichtung zur Amts- übernahme	9
	Circulairbeförderung	9
	Willigungen, Verpflichtung zur Zahlung	9
§ 31.	„ Hafensteuer und variable Willigung	9
	Anmerk. 1. Willigungskapital, dessen Berechnung	9
	Anmerk. 2. ritterschaftliche	9
§ 32.	„ Willigungscapital, dessen Berechnung für neu creirte Rittergüter; — Zuschlag von $\frac{1}{4}$ Hafen	10
§ 33.	Rentenirer, Berechnung des Willigungsbetrages	11
§ 34.	Willigungen: Zahlungstermin; Pön	11

10. Abschnitt.

Von der Stimmtafel.

§ 35.	Stimmtafel: deren Führung	11
§ 36.	Stimmrecht: Anmeldung der Veränderungen	11

11. Abschnitt.

Von dem Hafentarif.

§ 37.	Hafentarif: dessen Führung	12
§ 38.	Hafen: dessen Verhältniß zum Willigungscapital	12

II. Hauptstück.

Von der Kirchspielsordnung.

1. Abschnitt.

Von der Eintheilung in Kirchspiele.

§ 39.	Kirchspiele	} deren Anzahl 12
	Kreise	
	Oberhauptmannschaften,	

§ 40.	Kirchspiel: Inbegriff der zugehörigen Stimmrechte . . .	12
§ 41.	„ Entscheidung der Stimmrechte	12
§ 42.	Dondangen Stimmberechtigung	13

2. Abschnitt.

Von den Kirchspielsversammlungen oder Convocationen.

§ 43.	Kirchspielsversammlung } Berufung	13
	Convocation	
§ 44.	„ Terminansetzung	13
§ 45.	„ Gleichzeitigkeit	13
§ 46.	„ Terminansetzung für die Landtagsconvocationen . .	13
§ 47.	„ 14 tägige Einberufungsfrist	14
§ 48.	„ Convocationsort	14

3. Abschnitt.

Von dem Kirchspielsbevollmächtigten.

§ 49.	Kirchspielsbevollmächtigter: dessen Wahl	14
§ 50.	„ Verpflichtung zur Amtsübernahme	14
§ 51.	„ Berechtigung Unbefähigter zur Amtsführung . . .	15
§ 52.	„ Stellung eines Stellvertreters gestattet	15
§ 53.	„ temporaire Stellvertretung	15
§ 54.	„ Verpflichtungen	15
§ 55.	„ leitet die Abstimmungen	15
§ 56.	„ Protocollführung; — nachträgliche Stimmzulassung	15
§ 57.	„ Zufertigung des Protocolls an den Ritterschafts-Comité, Abschrift für das Archiv	16
§ 58.	„ Kirchspielsbeschlüsse und Einzelkundgebungen . . .	16
§ 59.	„ Correspondenz; — Requisitionen des Ritterschafts- Comité	17
§ 60.	„ Pönen für Verabsäumungen	17

6. Abschnitt.

Von der Beförderung der Schreiben des Kirchspiels- Bevollmächtigten.

§ 61.	Kirchspielsbevollmächtigte: Tourfolge zur Beförderung der Schreiben	17
-------	---	----

§ 62.	Kirchspiels-Bevollmächtigte: Pön für verabsäumte Beförderung	18
§ 63.	„ Mittheilungen an das Kirchspiel durch Circulair oder Vortrag auf der Convocation	18

III. Hauptstück.

Vom ordinairen Landtage.

1. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 64.	Landtag (beschließendes Organ des Landes) Periodicität	18
§ 65.	„ Einberufung	18
§ 66.	„ Relations- und Instructions-Termin	18
§ 67.	„ Deffentlichkeit der Sitzungen	19
§ 68.	„ (Landboten-Versammlung) Repräsentation der Ritterschaft.	

2. Abschnitt.

Von der Relations-Convocation.

§ 69.	Relations-Convocation: Einberufung	19
§ 70.	„ Wahrnehmungen, Stellung von Deliberatorien, Anfertigung der Landboten-Instruction, Candidaten-Denominirung	19
§ 71.	„ Deliberatorien einzelner Personen	21
§ 72.	Landboten Wählbarkeit	21
§ 73.	Pön für unterlassene Absendung eines Landboten	21

3. Abschnitt.

Von der Zusammensetzung des Landtages.

§ 74.	Landtag (= Landboten-Versammlung) Personale Zusammensetzung	21
§ 75.	„ Vertretung des Ritterschafts-Comités in den Sitzungen	21

4. Abschnitt.

Von der Stellung des Landbotenmarschalls, der Landboten
und des Secretairs.A. Von der Stellung des Landbotenmarschalls und
dessen Stellvertreters.

§ 76.	Landbotenmarschall dessen Obliegenheiten in den Sitzungen	22
§ 77.	„ verhängt Ordnungsruf, veranlaßt Zurücknahme von Aeußerungen, Niederlegung der Instruction	23
§ 78.	„ Recurs wider den Ordnungsruf	23
§ 79.	„ beruft engeren Ausschuß	23
§ 80.	„ schließt unter Zustimmung des Ritterschafts-Comité inconveniente Deliberatorien von der Verhandlung aus	23
§ 81.	„ führt den Schriftwechsel in Landesangelegenheiten .	24
§ 82.	„ kann die Vertretung seiner Instruction übertragen .	24
§ 83.	„ theiligt sich nicht an der Discussion	24
§ 84.	„ dessen Stellvertreter übt dieselben Obliegenheiten .	24
§ 85.	„ beurlaubt die Landboten	24

B. Von der Stellung der Landboten.

§ 86.	Landboten , Mandatsübernahme obligatorisch für Kirchspiels- Eingeseffene	24
§ 87.	„ zwei zur Vertretung eines Kirchspiels berufene . . .	25
§ 88.	„ Verpflichtung zur Vertretung der Instruction . . .	25
§ 89.	„ Interpretation der Instruction	25
§ 90.	„ verlangte Vorweisung der Instruction	25
§ 91.	„ Verpflichtung an den Landtagsitzungen beizuwohnen	25
§ 92.	„ Vertretung behinderter Landboten und nichtindigener in ritterschaftlichen Angelegenheiten	25
§ 93.	„ Uebertragung der Instruction	26
§ 94.	„ Pön für verabsäumte Sitzungen und Landtagstermine	26
§ 95.	„ Uebertragung substituierter Instructionen verboten .	26
§ 96.	„ Vertretung substituierter Instructionen	27
§ 97.	„ Uebernahme nur einer substituierter Instruction ge- stattet	27
§ 98.	„ dessen Beurtheilung durch das Kirchspiel	27
§ 99.	„ dessen Aeußerungen sind zum Diarium zu nehmen .	27

§ 100.	Landboten , Protestationen gegen Mehrheitsbeschlüsse untersagt	27
§ 101.	„ Verpflichtung zur Unterzeichnung des Landtagschlusses	28
§ 102.	„ Schlußrelation an das Kirchspiel	28

C. Von der Stellung des Ritterschafts-Secretairs.

§ 103.	Ritterschafts-Secretair : dessen Obliegenheiten in den Landtagsfikungen, — Stellvertretung, votum con- sulativum	28
--------	---	----

5. Abschnitt.

Von dem Relationstermin.

A. Von der Eröffnung des Landtages.

§ 104.	Relations- (I.) Termin : Legitimation der Landboten	29
§ 105.	„ Eröffnungs- Gottesdienst; — Landbotenmarschall- Wahl	30
§ 106.	„ Stimmausübung bei der Landbotenmarschall-Wahl	30
§ 107.	„ Eröffnung der Session	30
§ 108.	„ Wahl des stellv. Landbotenmarschalls; — Eröffnungs- Anzeigen, Einladung des Ritterschafts-Comités und des Oberhofgerichts	30

B. Von den Gegenständen der landtäglichen Ver-
handlungen.

§ 109.	Relations (I.) Termin : zur Verhandlung zu stellende Gegenstände	31
§ 110.	Deliberatorien , von einzelnen Personen gestellte . .	32
§ 111.	„ von einem einzigen Kirchspiel gestellte	32
§ 112.	„ von mehreren Kirchspielen gestellte, deren Zurück- weisung	32
§ 113.	Indigenatsvorschlüge müssen von der Mehrheit aller Kirchspiele ausgehen	33

C. Vom Geschäftsgange.

§ 114.	Verhandlung der Berathungsgegenstände in Commis- sionen und im Plenum	33
--------	---	----

a. Von den Landtags-Commissionen.

§ 115.	Landtags-Commissionen , deren Ernennung	33
--------	--	----

1. Von der Correlations-Commission.

§ 116.	Correlations-Commission , deren Obliegenheiten . .	33
§ 117.	„ deren Bericht an das Plenum	34
§ 118.	„ Verfügung des Plenums über den Bericht . . .	34

2. Von der Redactions-Commission.

§ 119.	Redactions-Commission : Ueberweisung der Deliberatoria	34
§ 120.	„ Bearbeitung der Deliberatorien	35
§ 121.	„ Fragestellung zu Willigungen	35
§ 122.	„ exportirt Beschlüsse des Plenums über Zulassung der Einzel-Deliberatorien u. s. w.	35
§ 123.	„ Gutachten vom Plenum genehmigte, gehen an das Land, Minoritätsgutachten	35
§ 124.	„ deren Gutachten kann das Plenum abändern . .	36
§ 125.	„ bestimmt über die formale Fassung der Deliberatorien	36
§ 126.	„ stellt neue Deliberatorien nur als Landboten-Deliberatorien	36
§ 127.	„ Vertretung des Ritterschafts-Comité mit votum consulativum	36

3. Von der Calculatoren-Commission.

§ 128.	Calculatoren-Commission : Obliegenheiten	36
§ 129.	„ Bericht an das Plenum	37

4. Prästande-Commission.

§ 130.	Prästande-Commission : Bericht zu den Landtags-Acten	37
--------	---	----

5. Stifts-Revident.

§ 131.	Catharinienstift , dessen landtägliche Revision	37
§ 132.	„ Obliegenheiten des Revidenten	37
§ 133.	„ Bericht des Revidenten	38

**b. Von der Landbotenstube oder dem Plenum der Landes-
Versammlung.**

**1. Von der Sammlung des Materials zur landtäglichen
Behandlung.**

§ 134.	Relationen der Ritterschafts-Repräsentation vom Plenum entgegengenommen	38
§ 135.	„ Einladung der ältern Brüder und Empfang derselben	38
§ 136.	„ Inhalt, Druck und Vortrag derselben	38
§ 137.	„ theilweise Veröffentlichung	39
§ 138.	Deliberatorien des Ritterschafts-Comité	39
§ 139.	Anträge der Staatsregierung an den Landtag	39
§ 140.	Landtags-Commissionen , deren Ernennung	39
§ 141.	Deliberatoria , Anträge u. s. w., nachträglich eingehende, deren Behandlung	39
§ 142.	„ von den Landboten eingebrachte, deren Zurückziehung	40
§ 143.	„ von den Landboten einzubringende, Präklusivfrist für solche	40

2. Von der Tagesordnung.

§ 144.	Tagesordnung , vom Landbotenmarschall festgesetzt, wird publicirt	40
§ 145.	„ Abweichung von derselben	40
§ 146.	Schreiben , eingehende, deren Vortrag	40

3. Von der Debatte und Beschlußnahme.

§ 147.	Discussion , allgemeine und specielle; Vortrag der Com- missionsberichte	41
§ 148.	„ Freiheit und Grenzen derselben	41
§ 149.	„ mehrtheiliger Vorschläge	41
§ 150.	„ Schluß derselben; Fragestellung	41
§ 151.	Fragestellung unterliegt der Bestimmung des Plenums	42
§ 152.	Abstimmung durch Namensaufruf	42
§ 153.	„ erforderliche Mehrheit; ausschlaggebendes Votum des Landbotenmarschalls	42
§ 154.	„ Aufschub derselben	42
§ 155.	Beschlußfassungen stehen ausschließlich dem Plenum, nicht den Commissionen zu	42

4. Von dem Sitzungsprotocolle oder Diarium.

- § 156. **Diarium**, vom Ritterschafts-Secretair zu führendes, in dasselbe aufzunehmende Verhandlungsgegenstände 43

D. Von dem Schluß des Relations-Termins.

- § 157. **Relations-** (I.) Termin, dessen Schluß; Druck und Versendung der Landtags-Acten; Bestimmung der Eröffnung des Instructions- (II.) Termins 43

6. Abschnitt.

Von den Instructions-Convocationen.

- § 158. **Instructions-Convocation** vom Kirchspiels-Bevollmächtigten und dem Landbotenmarschall anberaumt 44
- § 159. „ fällt ihr Urtheil über die Geschäftsführung der Repräsentation, stimmt über die Deliberatorien ab, vollzieht die Landtagswahlen 44
- § 160. **Instruction:** in derselben das Resultat der Abstimmungen zu verzeichnen 44
- § 161. „ enthält nicht die Bewahrungen Einzelner 45
- § 162. **Kirchspielsbeschlüsse** beziehentlich welcher Gegenstände solche exportirt werden 45
- § 163. **Instruction** zum II. Landtags-Termine, deren Abfassung 45

7. Abschnitt.

Von dem Instructions-Termin oder zweiten Landtags-Termin.

- § 164. **Instructions-** (II.) **Landtags-Termin:** Eröffnung, Verlautbarung der Kirchspielsbeschlüsse über die Geschäftsführung der Repräsentation; Feststellung der bezüglichen Willensmeinung des Landes 45
- § 165. „ Feststellung der Wahleresultate 46
- § 166. „ erforderliche Mehrheit für die Wahlen 46
- § 167. „ Feststellung der Beschlüsse nach Kirchspiels- und Stimmen-Mehrheit 46
- § 168. „ Feststellung unklarer Landesbeschlüsse 46
- § 169. „ erforderliche Majorität; — Willigungsbeschlüsse . 47
- § 170. „ faßt aus eigener Autorität keine bindende Landesbeschlüsse 47

§ 171.	Instructions= (II.) Landtags-Termins: Verfahren bei Eingang Allerhöchster Befehle	47
§ 172.	„ Abfassung des Landtagschlusses durch den Ritter- schafts-Secretair	48
§ 173.	Abfassung der Comité-Instruction	48
§ 174.	Wahrnehmungen des Landbotenmarschalls bei Schließung des Landtags	48

IV. Hauptstück.

Vom extraordinaircn Landtage.

§ 175.	Extraordinairer Landtag: wann derselbe einzuberufen ist	49
§ 176.	„ ist nur competent beziehentlich der seine Einberufung ursachenden Materien	49
§ 177.	„ Form des extraordinaircn Landtags; Instruirung der Landboten	49
§ 178.	„ Form der Einberufung und Eröffnung	49
§ 179.	„ Geschäftsordnung	49

V. Hauptstück.

Von den Oberhauptmannschafts-Versammlungen.

§ 180.	Oberhauptmannschafts-Versammlungen: wann die- selben einzuberufen sind	50
§ 181.	„ Präsidium und Geschäftsordnung	50

VI. Hauptstück.

Von den Kreis-Versammlungen.

§ 182.	Kreisversammlungen: wann einzuberufen vom Ritter- schafts-Comité und vom örtlichen Kreismarschall	50
§ 183.	Präsidium und Geschäftsordnung	51

VII. Hauptstück.

Von der Comité-Ordnung.

1. Abschnitt.

Von dem Personalbestande des Ritterschafts-Comités.

§ 184.	Ritterschafts-Comité, dessen Personalbestand	51
--------	---	----

§ 185.	Ritterschafts-Comité , dessen Kanzlei	52
§ 186.	„ Verpflichtung zur Amtsübernahme in demselben	52
§ 187.	„ erforderliche Majorität der Wahlstimmen	52
§ 188.	„ Wahlwiederholung bei mangelnder Majorität	52
§ 189.	„ Ersatzwahlen	53
§ 190.	„ Amtsantritt	53
§ 191.	„ Bekleidung von Nebenämtern verboten	53
§ 192.	„ Gagen-Etat	53
	Anmerk. Diäten- und Meilengelder	53

2. Abschnitt.

Von den Sitzungen des Ritterschafts-Comités.

§ 193.	Ritterschafts-Comité , Anberaumung der Sitzungen	54
§ 194.	„ stimmberechtigte Theilnahme an den Sitzungen	54
§ 195.	„ Beschlußfassung nach Stimmmehrheit	54
§ 196.	„ Plenarversammlungen	54
§ 197.	„ Einberufung und Consultation des Landesbevollmächtigten in wichtigen Angelegenheiten	55
§ 198.	„ Führen des Journals	55

3. Abschnitt.

Von dem Geschäftskreise des Ritterschafts-Comités und der einzelnen Glieder desselben.

§ 199.	Ritterschafts-Comité , allgemeine Competenz	55
§ 200.	„ führt die Geschäfte nach Landtagschluß und Instruction	55
§ 201.	„ soll nicht Abänderung von Landtagsbeschlüssen vor dem nächsten Landtage beantragen	56
§ 202.	„ Verfahren mit neueingehenden Gegenständen zwischen den beiden Landtags-Terminen	56
§ 203.	„ allgemeine Verpflichtungen der Comité-Glieder	56
§ 204.	„ Vertretung persönlicher Einzelinteressen untersagt	57
§ 205.	„ Verfahren bei Anträgen auf Verfassungsänderung	57
§ 206.	„ Stellung des Landesbevollmächtigten im Comité	57
§ 207.	Commissionen , ritter- und landschaftliche, Präsidium der Kreismarschälle	57

§ 208.	Kreismarshälle , nichtresidirende, Obliegenheiten und Pflichten	57
§ 209.	Obereinnehmer , Amtsobliegenheiten, Kaution	58
§ 210.	„ fertigt die Billigungs-Repartitionen an	58
§ 211.	„ führt eine ritterschaftliche und eine Landes-Kasse . .	58
§ 212.	„ Instruction für die Buchführung	59
§ 213.	„ Instruction für die Anlage der Kapitalien	59
§ 214.	„ Kassen-Revision	59
§ 215.	Ritterschafts-Secretair , dessen Obliegenheiten im Comité .	59
§ 216.	Ritterschafts-Actuar , dessen Obliegenheiten	60
§ 217.	Kreismarshälle , deren Obliegenheiten in der Commission in Sachen der Bauerverordnung	60
§ 218.	„ deren Betheiligung an der Prästanden-Verwaltung .	60

4. Abschnitt.

Von der Genealogen-Commission.

§ 219.	Genealogen-Commission , Personalbestand und Obliegenheiten	61
--------	---	----

5. Abschnitt.

Von der Vollziehung der Richterwahlen.

§ 220.	Richterwahlen : Vorschriften für die Vollziehung . .	61
§ 221.	„ verspätete Einsendung der Wahlprotocolle	61
§ 222.	„ Prüfung der Wahlprotocolle	62
§ 223.	„ Führung der Candidatenlisten	62
§ 224.	„ Aufbewahrung der Wahlprotocolle	62

6. Abschnitt.

Von der Verwaltung der Ritterschafts-Güter.

§ 225.	Ritterschafts-Güter , Verwaltung, Verpachtung	62
§ 226.	Deconomie-Director Anstellung und Obliegenheiten; Gehalt	63
§ 227.	Ritterschafts-Förster : Qualification, Anstellung . .	63

B. Conferenz-Ordnung.

§ 1.	Conferenz , vor deren Einberufung werden die Verhandlungsgegenstände zur Kenntniß des Landes gebracht .	67
------	--	----

§ 2.	Conferenz, Stimmberechtigung auf derselben	67
§ 3.	„ Vollmachtsvertretung auf derselben	67
§ 4.	„ Pönzählungen für Vertretungs-Verabsäumungen	67
§ 5.	„ Beschlußfähigkeit	68
§ 6.	„ obligatorische Kraft der Beschlüsse für Abwesende	68
§ 7.	„ Verhandlungsgegenstände	68
§ 8.	„ Legitimation der Conferenzzglieder, Abstimmungslisten, Gehilfen des Ritterschafts-Secretairs	68
§ 9.	„ Eröffnungs-Gottesdienst; Wahl des Conferenz-Directors und Stellvertreters	68
§ 10.	„ Wahl des Conferenz-Directors, erforderliche Majorität	68
§ 11.	„ Amtsantritt des Conferenz-Directors	69
§ 12.	„ Beschlußfassung über contestirte Stimmberechtigungen; Eröffnungsanzeigen, Relation des Landesbevollmächtigten. Ehrensitze	69
§ 13.	„ Commissionswahlen. — Antragstellung	69
§ 14.	„ Geschäftsordnung	70
§ 15.	„ obligatorische Vorberathung in den Commissionen	70
§ 16.	„ Antragstellung; — Unterstützung; — Indigenatsvorschläge	70
§ 17.	„ Obliegenheiten der vorberathenden Commission. — Referat	71
§ 18.	„ Vorberathungs-Commission zur Zusammenfassung gleichartiger Anträge berechtigt	71
§ 19.	„ Vorberathungs-Commission hat die Motivirung der Antragsteller wiederzugeben	71
§ 20.	„ Vorberathungs-Commission Minoritätsgutachten	71
§ 21.	„ Vorberathungs-Commission deren Gutachten wird gedruckt	72
§ 22.	„ Vorberathungs-Commission Judelegirung eines Gliedes des Ritterschafts-Comités	72
§ 23.	„ Abstimmung	72
§ 24.	„ Tracht der Conferenz-Glieder	72
§ 25.	„ Schluß der Conferenz	72
Beilage A.	Verzeichniß der Stiftungen, an deren Verwaltung die Ritterschaft theilhaft ist	64
Beilage B.	Instruction zur Führung der genealogischen Register	65

Neue Redaktion der Landtagsordnung

vom Ritterschafts-Comité auf Grund des Landtagschlusses 1879,
§ 25 zusammengestellt.

I. Hauptstück.

Von dem Stimmrechte.

1. Abschnitt.

Von dem Stimmrechte im Allgemeinen.

§ 1.

Das Stimmrecht ist das Recht zur Theilnahme an den Versammlungen, Berathungen und Beschlüssen der Ritter- und Landschaft und wird auf folgender Grundlage ausgeübt:

- a) in Angelegenheiten, welche die Interessen der ritterschaftlichen Korporation oder deren Vermögen betreffen, von jedem Indigenatsedelmann:

entweder aus eigenem Recht, wenn er ein im Palentarif als steuerpflichtig und in der Stimmtabelle als stimmberechtigt eingetragenes Rittergut besitzt; ebenso wenn er eine dem Besitz solchen Rittergutes gleichgeachtete Rentenirersumme zur Willigungsbesteuerung anmeldet;

oder als Vertreter fremden Stimmrechtes, wenn er als solcher berufen ist:

durch Vollmacht oder gerichtliche Verfügung,

oder, ohne besonderes Mandat, als ehelicher Assistent,

oder als Sohn für seine stimmberechtigten Eltern;

- b) in allen allgemeinen Landesangelegenheiten, welche nicht speciell die Interessen der ritterschaftlichen Korporation oder deren Vermögen betreffen:

von jedem Indigenatsedelmann in allen den sub a erwähnten Fällen;

von jedem nicht zur Ritterschaft gehörenden Besitzer eines stimmberechtigten Rittergutes sowol auf Grund eigenen Besizes, wie auch in den sub a erwähnten Fällen als Vertreter fremder Rechte;

endlich ohne besonderer Standes- oder Besitzqualifikation zu bedürfen, von ehelichen Assistenten, gerichtlich bestellten Assistenten, Vormündern und Kuratoren der Besitzer stimmberechtigter Rittergüter.

2. Abschnitt.

Von dem an Grundstücken haftenden Stimmrechte.

§ 2.

Der Besitzer mehrerer Güter übt sämtliche an denselben haftenden Stimmrechte aus. Es macht keinen Unterschied, ob die Versammlung, auf welcher das Stimmrecht auszuüben ist, eine Kirchspiels-, Kreis- oder Oberhauptmannschafts-Versammlung ist.

§ 3.

Eheliche Assistenten, desgleichen gerichtlich bestellte Assistenten, Vormünder und Kuratoren üben, ohne besonderer Standes- und Besitzqualifikation zu bedürfen, aus eigener Autorität so viel Stimmen aus, als ihre Curanden, wenn sie handlungsfähig wären, ausüben würden, ohne dadurch in der Ausübung der an den eigenen Gütern haftenden Stimmrechte oder in der Annahme von Vollmachten irgend beschränkt zu sein. Dasselbe Recht üben Söhne für ihre stimmberechtigten Eltern aus.

§ 4.

Bei Concursen über freie Güter geht das mit ihnen verbundene Stimmrecht auf den Curator über. Bei Concursen über Majorate oder Fideicommissie verbleibt es dem Besitzer.

§ 5.

Wenn ein non-indigena zum Assistenten, Vormunde oder Curator eines stimmberechtigten indigena berufen wird, so kann die Ausübung

des mit dem Besiße des Kuranden verbundenen Stimmrechtes in ausschließlich ritterschaftlichen Angelegenheiten einem besonderen indigenatsadligen Vertreter übertragen werden seitens derjenigen Institution oder Person, welcher die Bestellung des Vormundes, Assistenten oder Kurators obliegt. Unterbleibt die Bestellung eines indigenatsadligen Vertreters, so ruht das betreffende Stimmrecht ohne Pönzahlung in den ausschließlich ritterschaftlichen Angelegenheiten.

§ 6.

Von dem zum Hafentarif einmal verzeichneten oder in die Stimmtafel einmal eingetragenen Gute lassen sich das an demselben haftende Stimmrecht, so wie die aus dem Besiße eines solchen Gutes entspringenden Verpflichtungen zu gewissen Leistungen für die Ritter- und Landschaft, wenn auch das Stimmrecht um irgend welcher Ursache willen zu Zeiten ruht, nur ausnahmsweise und zwar nur dann trennen, wenn ein pfandbesitzlich veräußertes Kronsgut an die Krone zurückfällt oder ein bürgerliches Lehn in den Besiße einer nicht zum Indigenats-Adel gehörigen Person zurückkehrt, welche in diesem Fall sich durch Entsagung auf das Stimmrecht von oberwähnten Verpflichtungen liberiren darf.

3. Abschnitt.

Von dem Stimmrechte der Rentenirer.

§ 7.

Damit ein indigena eine Rentenirerstimme ausüben kann, wird bei ihm zum Zwecke der Besteuerung zu den Landeswilligungen ein Capitalvermögen von wenigstens 4200 Rbl. Slb. vorausgesetzt. Besiße er mehr, so ist sein Beitrag zu den Willigungen nach Verhältniß dieses Mehr zu erhöhen. Die Vermehrung des ursprünglich vorausgesetzten oder angegebenen Capitals muß daher angezeigt werden, während die Anzeige der Verminderung von dem Belieben des Rentenirers abhängt. — Die Ausmittlung des den Betrag der Rentenirer-Zahlung bestimmenden Capitals in seinem ursprünglichen Bestande bei seiner ersten Anmeldung, so wie in der nachfolgenden Abnahme oder Zunahme erfolgt durch die von dem Rentenirer auf dem ersten Termine des gerade einfalligen Landtages mündlich oder schriftlich in folgender Form abzugebende Versicherung:

„Ich versichere, daß ich nicht mehr als (hier ist der jedesmalige Betrag des Capitals, von welchem zu steuern ist, anzugeben) — an Capitalvermögen besitze.

§ 8.

Für die Berichtigung der ihm obliegenden Zahlung hat der Rentenirer vor Eröffnung des jeweiligen Landtages eine Sicherheit, über deren Zulänglichkeit und Annahme die Landboten des zweiten Landtagstermins mit absoluter Majorität entscheiden, zu bestellen oder auf's Neue nachzuweisen.

§ 9.

Nur ein in Kurland beständig wohnhafter unbefüglicher indigena ist zum Erwerbe einer und zwar nicht mehr als einer Rentenirerstimme befähigt.

§ 10.

Der Verzicht auf die bisher besessene Rentenirerstimme zieht den Verlust der Befugniß zum Erwerbe einer neuen derartigen Stimme nach sich. Der Verzicht muß indessen auf dem ersten Termine des jeweiligen Landtages erfolgen. Bei späterer Verlautbarung dauert des Rentenirers Zahlungsverpflichtung bis zum nächsten Landtage fort.

§ 11.

Die Namen der ausgeschiedenen, so wie der neu aufgenommenen Rentenirer sind in dem jedesmaligen Landtagschlusse aufzuführen.

4. Abschnitt.

Von der Entstehung neuer Stimmrechte.

§ 12.

Neue Stimmrechte, welche auf den Besitz ländlicher, bisher noch gar nicht oder nicht selbstständig dem Hakentarife zugewiesener oder in die Stimmtafel eingetragener Grundstücke oder auf das Anerbieten zur Zahlung einer Rentenirersumme gegründet werden, entstehen durch Anerkennung des Landtages nach vorgängiger Anmeldung auf dem ersten Termine.

§ 13.

Zu den ländlichen Grundstücken, auf welche neue Stimmrechte gegründet werden können, gehören:

- 1) bürgerliche Lehne;
- 2) Kronsgüter, die in Privatbesitz übergehen;
- 3) abgeschiedene Theile eines in die Stimmtafel eingetragenen Gutes.

5. Abschnitt.

Vom Wiederaufleben ruhender Stimmrechte.

§ 14.

Ein gemäß den Bestimmungen der Landtags-Ordnung ruhendes Stimmrecht lebt wieder auf, sobald die Gründe des Ruhens weggefallen sind. Damit es wieder wirksam werde, ist es dem Ritterschafts-Comité anzumelden, welcher zu beurtheilen hat, ob diese Gründe weggefallen sind.

6. Abschnitt.

Von der Form und dem Orte für die Ausübung des Stimmrechtes.

§ 15.

Die Abstimmung erfolgt:

- 1) auf Landtagen und brüderlichen Conferenzen durch Acclamation oder unter Aufruf der Erschienenen durch mündliche Bejahung und Verneinung;
- 2) auf Oberhauptmannschafts-, Kreis- und Kirchspiels-Versammlungen oder Convocationen regelmäßig durch Kugelumwerfung. Mündliche Verlautbarung der Willensmeinung, welche herkömmlich „laute Abstimmung“ genannt wird, findet nur dann statt und muß im Protokoll vermerkt werden, wenn jemand in einer anderen Versammlung als derjenigen des Kirchspiels, Kreises oder der Oberhauptmannschaft stimmt, der er zur Ausübung seines Stimmrechtes zugetheilt ist.

§ 16.

Jedes Stimmrecht ist regelmäßig in dem Kirchspiele, in dem Kreise und in der Oberhauptmannschaft auszuüben, denen es nach der Kirch-

spielseintheilung zugewiesen ist. Außerdem kann jeder Einzelne, wenn er laut zu stimmen Willens ist, auf Grund des § 15 sein Stimmrecht auf jeder beliebigen Versammlung ausüben. Auf Landtagskonvokationen indessen und auf den zur Wahl der Kreisgerichtlichen Beamten wie auch der örtlichen Kreisamtschälle abzuhaltenden Kreisversammlungen ist das Stimmrecht stets nur in demjenigen Kirchspiele und in demjenigen Kreise auszuüben, zu denen es nach der Kirchspielseintheilung gehört.

§ 17.

Rentenirer üben ihre Stimmrechte in dem Kirchspiele ihres Wohnorts aus, wenn ihnen nicht der Landtag aus Rücksicht auf die durch die Dertlichkeit etwa entspringende Unbequemlichkeit oder um anderer Unzuträglichkeiten willen ein anderes zuweist.

§ 18.

Die unterbliebene Verlautbarung der Stimme kann beim Ritterschafts-Comité nachgeholt werden, wenn

- 1) ein Beamter oder Militair nachweist, daß er wegen Abwesenheit in Dienstangelegenheiten das ihm zustehende Stimmrecht weder persönlich, noch auch in Vollmacht auszuüben im Stande gewesen ist;
- 2) wenn jemand nachweist, daß er nicht hat mitstimmen können, weil das zu der betreffenden Versammlung ihn einberufene Schreiben ihm gar nicht oder zu spät zugegangen ist.

Bei Wahlen können Stimmen nur nachgetragen werden, wenn die Präsentation des Gewählten zur Besätigung noch nicht erfolgt ist.

7. Abschnitt.

Von der Ausübung des Stimmrechtes in Vollmacht.

§ 19.

Jeder Stimmberechtigte kann auf jeder Versammlung durch einen indigenatsadligen, oder einen ein stimmberechtigtes Rittergut zu Eigenthum besitzenden Vollmachtsenehmer, in Generalvollmacht, Generalstimmvollmacht oder Specialvollmacht sich vertreten lassen.

§ 20.

Die Bevollmächtigung zur Vertretung des Vollmachtsgebers in seinen gesammten Rechtsverhältnissen schließt, wenn dessen auch keine besondere Erwähnung gethan wurde, die Stimmvollmacht ein, insofern und soweit dem Bevollmächtigten die Berechtigung zur Uebernahme der Stimmvollmacht zusteht. (Siehe § 1 und 19).

§ 21.

Der Besitzliche darf nicht mehr als zwei Vollmachten gleichviel ob General- oder Special-Vollmacht, der Unbesitzliche aber nur eine Vollmacht auf den zu demselben Zwecke abzuhaltenden Versammlungen ausüben oder, wenn die Vollmachten mit dem Rechte der Substitution ausgestellt sind, auf einen Andern übertragen.

§ 22.

Es steht jedem Stimmberechtigten frei die ihm aus eigenem Besitze zustehenden Stimmrechte, sowie die ihm nach § 3 der Landtags-Ordnung unbemessen zustehenden Stimmvertretungen in einer Vollmacht zu übertragen und wird letztere bei Zählung der zulässigen Vollmachten nur als eine in Anrechnung gebracht.

§ 23.

Im Falle des Widerstreites zweier Vollmachten gilt die der Ausstellung nach jüngere.

§ 24.

Stimmvollmachten können nicht bloß in der für sie landüblichen Form, sondern auch brieflich vermittelt einer an den Kirchspiels-Bevollmächtigten gerichteten Erklärung ertheilt werden, wenn nur der Wille des Vollmachtgebers erkennbar und die Person des Vollmachtnehmers bestimmt bezeichnet ist.

§ 25.

Es ist gestattet den Vollmachten eine Instruction hinzuzufügen. Den Vollmachten bei brüderlichen Conferenzen eine Instruction für die vorzunehmende Abstimmung hinzuzufügen, ist nicht gestattet.

8. Abschnitt.

Von der Verpflichtung zur Ausübung des Stimmrechtes und von der Verletzung dieser Verpflichtung.

§ 26.

Die Vertretung jedes einzelnen in die Stimmtafel eingetragenen und nicht ruhenden Stimmrechtes auf jeder in vorschristmäßiger Weise angesagten Versammlung und zwar persönlich oder in Vollmacht ist obligatorisch. — Die Verletzung dieser Verpflichtung, sei es durch nicht entschuldigtes Ausbleiben des Verpflichteten am Orte und zur Zeit der Versammlung oder sei es, wenn er erschienen ist, durch Verweigerung jeder Willensäußerung in der für dieselbe geforderten Form, indem er für die der Beschlußnahme unterliegende und der Beantwortung in bestimmter Formulierung vorgelegte Frage weder affirmativ noch negativ stimmt, zieht eine Strafzahlung von 4 Rbl. S. zum Besten der Landeskasse nach sich. — Meint er daß die Fassung der Frage dem Wesen der Sache nach, um die es sich handelt, eine nicht zutreffende, eine zu allgemeine, eine in irgend einer Beziehung fehlerhafte ist, oder daß die Frage überhaupt gar nicht gestellt werden sollte, so steht es ihm frei, seine diesbezügliche Meinung, nachdem er die Frage in der vorgelegten Fassung bejaht oder verneint hat, zur etwaigen weiteren Berücksichtigung durch wen gehörig zu Protocoll zu geben.

Die Strafzahlung von 4 Rbl. S. ist indessen, ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Verhandlung und Beschlußnahme gestellten Gegenstände, für jede einzelne Versammlung von der einzelnen Person stets nur in einfachem Betrage zu leisten.

§ 27.

Wer in mehr als einer zu demselben Zweck anberaumten Versammlung ein und dieselbe Stimmberechtigung geheim ausgeübt hat, verfällt in eine Strafzahlung von 12 Rbl.

§ 28.

Die Verwirkung der Pön spricht der Ritterschafts-Comité, welcher die ihm einzusendenden Kirchspiels-Protokolle zu revidiren hat, aus und zeigt solches den Betheiligten unter gleichzeitiger Aufforderung zur Berichtigung an.

§ 29.

Bei Unterlassung des Bevollmächtigten trifft nicht diesen, sondern den Vollmachtsgeber, welchem übrigens der Regreß an jenen freigestellt bleibt, die vorerwähnte Strafzahlung.

9. Abschnitt.

Von den mit dem Stimmrechte verbundenen Lasten.

§ 30.

An jedem Stimmrecht, mit Einschluß des ruhenden, haftet die Verbindlichkeit:

- 1) für die Besorgung des Amtes des Kirchspielsbevollmächtigten der Reihe nach Sorge zu tragen;

Anmerkung. Diese Verpflichtung cessirt für die nichtindigenen Besitzer.

- 2) die von dem Kirchspielsbevollmächtigten versandten Schreiben nach der von ihm angeordneten Reihenfolge zu befördern;
- 3) von dem Besiß oder dem Kapital, an welches das Stimmrecht gebunden ist, nach Maßgabe der von dem Landtage triennial festgestellten Willigungsrepartition beizusteuern.

§ 31.

Die von den Rittergütern zu zahlenden Landeswilligungen bestehen aus der invariablen Steuer von acht Rubel von jedem Haken Landes nach den im Haketarif verzeichneten Größen, und aus einer variablen, vom Landtage triennial im Budget festzustellenden Beisteuer, die nach Maßgabe des sog. Willigungskapitals repartirt wird.

Anmerkung 1. Die Einschätzung der Güter zum Willigungskapital ist nach dem Conferentialschluß 1870 § 2 derart erfolgt, daß je 264 Seelen, welche nach der X. Seelenrevision zu einem zur Adelsfahne gehörigen Gut verzeichnet waren, in dem Besteuerungswert gleich einem Willigungskapital von 16,800 R. gerechnet wurden.

Anmerkung 2. Die Rittergüter, insofern dieselben im Eigenthum von Gliedern der Ritterschaft sich befinden, sind Objekte der Besteuerung zu Gunsten der ritterschaftlichen Kasse.

§ 32.

Die Berechnung des Willigungskapitals bei Creirung neuer Rittergüter wird in nachstehender Weise ausgeführt.

1) Wenn ein von einem Rittergute abgetheiltes Landstück nach Anleitung des Provinzial-Codex III. Art. 616 und 617 zu einem neuen Rittergute erhoben werden soll, so hat dessen Besitzer gleichzeitig mit seinem Gesuche um Anerkennung des neuen Rittergutes darüber eine Erklärung abzugeben, in welchem Verhältniß dies neu creirte Rittergut mit einem Theile der auf das Hauptgut bisher entfallenden Willigungszahlungen zu belasten ist. Auch muß derselbe über die Zustimmung des Besitzers des Hauptgutes zu dieser Erklärung eine genügende Bescheinigung beibringen, wobei es übrigens lediglich der Bestimmung des Ritterschafts-Comité überlassen bleiben muß, ob die übernommene Willigung verhältnißmäßig dem Werthe des neu zu creirenden Gutes entspricht. Auf Grundlage dieser Vereinbarung der Interessenten über die Willigungstheilung, beziehungsweise der Genehmigung des Ritterschafts-Comité, ist sodann die betreffende Willigungs-Repartition zu bewerkstelligen (vide § 8 der Instruction von 1875).

2) Wird aber nach Anleitung der citirten Gesetzesstellen ein neues Rittergut aus Landstücken creirt, welche nicht ausschließlich Theile eines bisherigen Rittergutes waren und welche daher auch bisher keine Landeswilligungen gezahlt hatten, und ist für ein solches Landstück, welches bei der X. Seelenrevision keine selbstständige Bauergemeinde und Revisionsliste gehabt hatte, gar keine Seelenzahl nachweislich, wornach dessen Willigung zu repartiren wäre; so ist für die ersten 900 Postellen nughbaren Landes ein Willigungscapital gemäß dem Art. 276 und 279 Pft. 3 des Provinzial-Codex II. mit 8400 Rubel anzunehmen, das etwaige Plus an nughbarem Lande ist mit einem Willigungscapital zu veranschlagen in dem Verhältniß von 900 Postellen gleich einem Willigungscapital von 4200 Rubel.

3) Wird endlich ein bisher zur Adelsfahne nicht gehöriges Landgut (bürgerliches Lehen, bisheriges Kronsgut u. s. w.) zu einem Rittergute erhoben, welches bei der X. Seelenrevision eine eigene Gemeinde und Revisionsliste gehabt hat, so gelten für dasselbe diejenigen Regeln der Willigungs-Repartition, die für alle Rittergüter im Allgemeinen zur Geltung kommen.

4) Werden vorausgegangene Abscheidungen nachgewiesen, die eine Berechnung nach der Seelenzahl der X. Revision verschieben würden, so ist das ad 2 beregte Verfahren als Aushilfe zu benutzen.

5) Bei der Einschätzung neucreirter, stimmberechtigter Rittergüter zur Willigungsrepartition, wird zu dem nach der effektiven Größe derselben zu berechnenden Beitrage noch die Beisteuer für einen Viertel Haken und für 4200 Rbl. Willigungskapital hinzugerechnet, soweit solches nicht nach dem im Punkt 2 vorgeschriebenen Berechnungsmodus bereits geschehen ist.

§ 33.

Die Besteuerung des Rentenirerkapitals erfolgt nach dem Maßstabe, der ein Willigungskapital von 16800 Rubel gleich einem Haken Landes setzt.

§ 34.

Die Landeswilligungen müssen in dem von der Obereinnehmer-Expedition repartirten und den Gütern bei Beginn der Budgetperiode anzuzeigenden Beträgen alljährlich vor dem 1. Juli bei derselben entrichtet werden. — Für verspätete Einzahlung wird eine Pön erhoben, welche 6% der verspäteten Zahlung beträgt.

10. Abschnitt.

Von der Stimmtafel.

§ 35.

Sämmtliche Stimmrechte finden sich, nach Kirchspielen geordnet, in der von dem Ritterschafts-Comité am Schlusse jedes Landtages nach Maßgabe der etwa eingetretenen Veränderungen neu anzufertigenden oder neu zurechtzustellenden und jedem Kirchspiels-Bevollmächtigten für sein Kirchspiel auszugsweise mitzutheilenden Stimmtafel verzeichnet.

§ 36.

Alle Veränderungen, welche mit dem Besitze eines mit einem Stimmrechte ausgestatteten Gutes stattfinden, sind von dem neuen Erwerber bei Vermeidung einer Pön von 4 Rubel innerhalb sechs Wochen dem Ritterschafts-Comité anzuzeigen, welcher seinerseits in die Stimmtafel den erforderlichen Vermerk einzutragen und den betreffenden Kirchspiels-Bevollmächtigten zu benachrichtigen hat.

11. Abschnitt.

Vom Hafentarif.

§ 37.

In dem sämtliche zur Adelsfahne gehörige Güter nachweisenden, die Größe derselben in Hafen angehenden Hafentarife sind die im Laufe der Zeit vorkommenden Abscheidungen und Zuschreibungen von dem Ritterschafts-Comité zu vermerken.

Anmerkung. Gegenwärtig wird der Hafentarif nicht besonders geführt, sondern ist in den Willigungsbüchern enthalten.

§ 38.

Der Hafen wird à 40000 Floren Albertus oder 16800 Rubel Willigungskapital berechnet.

II. Hauptstück.

V o n d e r K i r c h s p i e l s - O r d n u n g .

1. Abschnitt.

Von der Eintheilung in Kirchspielen.

§ 39.

Die Herzogthümer Kurland und Semgallen sind nach ihrer Vereinigung mit dem, früher als Piltenscher Kreis bezeichneten Gebiete Be-
hufs ihrer politischen Vertretung in fünf Oberhauptmannschaften, zehn
Hauptmannschaften und dreiunddreißig Kirchspiele getheilt.

§ 40.

Jedes Kirchspiel als politischer Körper oder das sogenannte —
„Landtagskirchspiel“ — wird durch die Inhaber sämtlicher, nach der
Stimmtafel ihm zugewiesenen einzelnen Stimmrechte gebildet.

§ 41.

Jedem Kirchspiele sind die Stimmberechtigten, soweit es die Vert-
lichkeit gestattet, in annähernd gleicher Zahl zugeschieden.

§ 42.

Dondangen bildet auf Grund alter Privilegien ein für sich bestehendes Kirchspiel und theiligt sich bei allen von der Ritterschaft zu fassenden Beschlüssen mit sechs Stimmen, bei den von ihr zu vollziehenden Wahlen aber mit einer.

2. Abschnitt.

Von der Kirchspielsversammlung oder Convocation.

§ 43.

Der von dem Landtage, der brüderlichen Conferenz oder dem Ritterschafts-Comité angeordnete, durch Vermittelung des Kirchspiels-Bevollmächtigten oder mittelst Publication in der Gouvernements-Zeitung in Verbindung mit einer bezüglichen Mittheilung an den Kirchspiels-Bevollmächtigten auf einen bestimmten Tag angesetzte Zusammentritt der Inhaber der zum Kirchspiele gehörigen Stimmrechte bildet unter Vorsitz des Kirchspiels-Bevollmächtigten oder seines Vertreters die Kirchspielsversammlung oder Convocation.

§ 44.

Der Tag, zu welchem die Convocation einberufen wird, ist mit Ausnahme des Tages, an welchem die Landtags-Convocationen abgehalten werden, von der Ritterschafts-Repräsentation zu bestimmen.

§ 45.

Sämmtliche zu einem und demselben Zwecke einzuberufenden Kirchspielsversammlungen sind mit Ausnahme der Landtags-Convocationen an einem und demselben Tage abzuhalten. Beschlüsse und Wahlen, welche auf etwa früher oder später abgehaltenen vollzogen werden, sind ungültig.

§ 46.

Den Tag zum Zusammentritt der Landtags-Convocationen bestimmen und zwar den Tag für die Relations-Convocation die Kirchspiels-Bevollmächtigten allein, für die Instructions-Convocation aber die Kirchspiels-Bevollmächtigten in Gemeinschaft mit dem betreffenden Landboten in jedem Kirchspiele besonders je nach der Bequemlichkeit der Einsaßen und etwaigen geschäftlichen Erfordernissen.

§ 47.

Jede Convocation ist, wenn die Ritterschafts-Repräsentation den hiezu erforderlichen Zeitraum freiläßt, wenigstens vierzehn Tage vor ihrer Abhaltung von dem Kirchspiels-Bevollmächtigten auszusprechen.

§ 48.

Die Convocation ist in jedem Kirchspiele an dem hergebrachten Convocationsorte abzuhalten. Sich an einem anderen einzufinden ist Niemand verbunden. Für die unterlassene Theilnahme an der an einem anderen Orte abgehaltenen Convocation ist daher der Ausgebliebene keiner Beandlung zu unterziehen. Erhebt er gegen die Wahl des Ortes bei der Ritterschafts-Repräsentation Widerspruch, so sind die daselbst gefaßten Beschlüsse und vollzogenen Wahlen als ungültig zu behandeln und diejenigen, welche sich daselbst versammelt hatten, gleich Ausgebliebenen in Strafe zu nehmen. — Nur vermöge eines von den Kirchspiels-Einsassen einstimmig gefaßten Beschlusses kann der Convocationsort verlegt werden.

3. Abschnitt.

Von dem Kirchspiels-Bevollmächtigten.

§ 49.

Jedes Kirchspiel hat einen eigenen, von den Einsassen desselben aus der Zahl der Indigenatsbedelleute auf der Instructions-Convocation des jeweiligen Landtages für das nächstbevorstehende Triennium erwählten, in dem Landtagsschlusse namhaft zu machenden Kirchspiels-Bevollmächtigten oder Convocanten.

§ 50.

Jeder indigenatsadlige Stimmberechtigte — Curatoren, Vormünder, Assistenten und General-Bevollmächtigte nicht ausgeschlossen — ist zur Annahme des Amtes des Convocanten für dasjenige Kirchspiel, in welchem er stimmt, verpflichtet. Hat er es indessen einmal drei Jahre hindurch verwaltet, so ist er die Wiederwahl abzulehnen befugt, bis ihn die Reihe wieder trifft.

§ 51.

Das Amt des Convocanten kann auch von jedem unbefähigten oder nicht zu den Rentnirern gehörigen Indigenats-Edelmann verwaltet werden, ohne daß jedoch für ihn die Verpflichtung zur Annahme besteht.

§ 52.

Der zur Verwaltung des Amtes des Convocanten Berufene kann sich mit Zustimmung der Einsassen durch einen indigenatsadelichen Erbsassmann vertreten lassen, welcher jedoch das ihm übertragene Amt selbstständig und unabhängig von dem ursprünglich Verpflichteten verwaltet.

§ 53.

Für die einzelne Convocation kann sich der Kirchspiels-Bevollmächtigte nach Belieben von jedem Indigenats-Edelmann vertreten lassen.

§ 54.

Der Kirchspiels-Bevollmächtigte oder Convocant vermittelt die Beziehungen des Kirchspiels mit dem Ritterschafts-Comité, dem Landtage, der brüderlichen Conferenz und umgekehrt, veranlaßt den Zusammentritt der Convocationen, leitet auf denselben die Verhandlungen, führt das auf denselben aufzunehmende Protocoll, so wie den gesammten, durch das Geschäft gebotenen Schriftwechsel, bewahrt das Kirchspiels-Archiv auf und ertheilt aus demselben beglaubigte Abschriften und Auszüge denjenigen, welche sie allgemeinen Grundsätzen zufolge zu fordern berechtigt sind.

§ 55.

Zur geheimen Abstimmung mittelst Kugelnung läßt der Convocant nur diejenigen zu, welche in der von dem Ritterschafts-Comité nach dem Schlusse des jeweiligen Landtages ihm für sein Kirchspiel zu übersendenden Stimmliste und deren etwaigen Nachträgen verzeichnet sind. Alle auswärtigen Stimmberechtigte läßt er nur zur lauten Abstimmung zu.

§ 56.

Die von ihnen aufzunehmenden Protocolle haben die Kirchspiels-Bevollmächtigten nach der ihnen von dem Ritterschafts-Comité zu diesem Zwecke ertheilten Instruction und in der von demselben hiezu entwor-

jenen Form zu führen. Nach Angabe des Tages und Ortes, in welchem die Convocation abgehalten wird, sind in rubro des Protocoll'es zunächst die Erschienenen und Ausgebliebenen unter Angabe der ihnen zustehenden Zahl Stimmen namentlich aufzuführen und dabei zu bemerken, ob sie kraft eigenen ihnen persönlich zustehenden Rechtes oder in Vollmacht erschienen sind. Der Tag der Ausstellung der Vollmacht ist im Protocolle anzuführen. Alsdann werden die einzelnen, der Beschlußnahme unterliegenden Gegenstände ihrem wesentlichen Inhalte nach in der größtmöglichen Kürze in Vortrag gebracht und neben oder unter jeden einzelnen Vortrag die durch Abstimmung erfolgte Annahme oder Verwerfung verzeichnet, indem die Zahl sowol der Stimmen, welche sich affirmativ, als auch negativ ausgesprochen haben, mit Buchstaben niederzuschreiben ist. Nach Erledigung sämtlicher vorliegender Abstimmungen wird das Protocoll von allen Anwesenden unterzeichnet. Die zu der von dem Kirchspiels-Convocanten angelegten Stunde nicht erschienenen Stimmberechtigten werden als ausgeblieben verzeichnet und dürfen ihre Stimmberechtigung nur dann noch ausüben, so lange das Protocoll nicht von sämtlichen Erschienenen unterzeichnet ist.

§ 57.

Das von ihm aufgenommene Protocoll hat der Kirchspiels-Bevollmächtigte, wenn in dem gerade vorliegenden Falle hiezu keine andere Frist angelegt wurde, mit der nach dem Schlusse der Convocation nächstfolgenden Post der Ritterschafts-Repräsentation im Originale einzusenden. Eine Abschrift desselben hat er unter seiner Beglaubigung im Kirchspiels-Archiv aufzubewahren.

§ 58.

Wünscht das Kirchspiel oder ein einzelner Einsaße die Aufmerksamkeit der Ritterschafts-Repräsentation auf einen bestimmten Gegenstand zu lenken oder den Geist, in welchem derselbe vertreten wird, geändert, so hat der Kirchspiels-Bevollmächtigte, so oft es von ihm verlangt wird, die Wünsche der Mehrheit der Kirchspiels-Einsäßen unbedingt, der einzelnen aber nur, wenn diese Wünsche ihm beachtenswerth erscheinen, zur Kenntniß der Repräsentation zu bringen. Dem Einzelnen bleibt es übrigen's unbenommen, sich direct an dieselbe zu wenden.

§ 59.

Die Correspondenz mit der Ritterschafts-Repräsentation führt der Convocant, wenngleich er die ihm übertragene Ausführung ihrer Anordnungen nie ablehnen darf, in Form von Mittheilungen. Derselben Form bedient er sich bei seiner Correspondenz mit dem Kirchspiele, an welches er von Hof zu Hof zu befördernde Rundschreiben richtet.

§ 60.

Der Kirchspiels-Bevollmächtigte verfällt in die Strafzahlung von 5 Rbl. S., wenn er:

- 1) beim Verschreiben der nach der Stimmliste zum Erscheinen Verpflichteten Jemanden mit Stillschweigen übergeht oder bei Erwähnung irgend Jemandes nicht anführt, ob er erschienen oder ausgeblieben ist;
- 2) zur geheimen Abstimmung oder Kuglung Jemanden zuläßt, welchem nur die offene Verlautbarung seiner Stimme zu gestatten ist;
- 3) die Protocolle nicht nach Vorschrift des § 61 absendet;
- 4) hat er aber durch seine Schuld die Convocation unmöglich gemacht, so zahlt er für jede hierdurch nicht ordnungsmäßig exercirte Stimme à 4 Rbl. S. Pön und muß die Convocation, sofern solches möglich, nachholen.

4. Abschnitt.

Von der Beförderung der Schreiben des Kirchspiels-Bevollmächtigten.

§ 61.

Die Reihenfolge, welche die von dem Kirchspiels-Bevollmächtigten erlassenen Rundschreiben durchlaufen, ist eine für jedes Kirchspiel herkömmliche oder wird, wenn sie eingetretener Besitzwechsel wegen unbecquem wird, von dem Convocanten geordnet. Einigen sich die Einsäßen über eine andere, so ist diese maßgebend. Ist bei erhobenem Widerspruche von der einen oder von der andern Seite keine Einigung möglich, so entscheidet der Kirchspiels-Bevollmächtigte ohne weitere Berufung.

§ 62.

Der Tag des Empfanges und der Weiterbeförderung der vom Convocanten erlassenen Rundschreiben ist auf demselben von dem Empfänger und Absender zu vermerken. Bei Vermeidung einer Pön von 4 Rbl. S. darf Niemand es länger als 24 Stunden bei sich behalten.

§ 63.

Die eingehenden, zur Kenntniß der Einsaßen zu bringenden Schriftstücke hat der Kirchspiels-Bevollmächtigte je nach der Dringlichkeit und Erheblichkeit der Sache mittelst Rundschreibens zu versenden oder auf der nächstefälligen Convocation zum Vortrage zu bringen.

III. Hauptstück.

Vom ordinären Landtage.

1. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 64.

Der ordinaire Landtag ist in regelmäßiger Wiederkehr im je dritten Jahre abzuhalten. Nur mit obrigkeitlicher Erlaubniß kann er ausgesetzt werden.

§ 65.

Der Zusammentritt des ordinären Landtages wird nach eingeholter Zustimmung der Civil-Obverwalung durch den Landesbevollmächtigten veranlaßt, welcher den zur Eröffnung desselben von der Ritterschafts-Repräsentation bestimmten und regelmäßig in die Herbst- und Wintermonate fallenden Tag dem Kirchspiels-Bevollmächtigten zu seiner und seines Kirchspiels Wahrnehmung fünf bis sechs Wochen vorher anzeigt. Desgleichen setzt er die Repräsentationen der Ritterschaft von Livland, Ehstland und Desel hiervon in Kenntniß. — Im Jahre der Rekruten-Aushebung ist der Landtag nicht in derselben Zeit abzuhalten, in welcher die Rekruten vnsgehoben und abgegeben werden.

§ 66.

Der ordinaire Landtag zerfällt in zwei Termine, den Relationstermin und Instructionstermin, welchen zwei vorbereitende Convocationen und zwar die Relations- und Instructions-Convocation vorausgehen.

§ 67.

Die Sitzungen des Landtages sind für die Mitglieder der Ritterschaften der Ostseeprovinzen und für die zu Landboten wählbare Personen öffentliche, so daß jedem Einzelnen derselben freisteht, ihnen als Zuhörer beizuwohnen, es sei denn, daß geschlossene Sitzungen für nöthig erachtet werden, welche in Abwesenheit jeder Zuhörerschaft abzuhalten sind. Den Gliedern des Comité indessen, so wie den Gliedern des Oberhofgerichts als ältern Brüdern kann, wenn die Versammlung es für zulässig hält, der Zutritt auch zu den geschlossenen Sitzungen gestattet werden.

§ 68.

Während des Landtages geht die Repräsentation der Ritterschaft von dem Comité auf die Versammlung der Landboten über.

2. Abschnitt.

Von der Relations-Convocation.

§ 69.

Nach erhaltener Anzeige des bevorstehenden und von der Ritterschafts-Repräsentation zu einem bestimmten Tage einzuberufenden Landtages setzt jeder Kirchspiels-Bevollmächtigte das diesbezügliche an ihn ergangene Schreiben in Umlauf und raumt den Termin zu der dem Landtage vorausgehenden Relations-Convocation derartig an, daß sie zwei oder drei Wochen vor Eröffnung desselben abgehalten wird.

§ 70.

Auf der Relations-Convocation ist nach Verlesung der Landtags- und Kirchspiels-Ausschreiben:

- 1) über die der Beschlußnahme des Landtages zu unterstellenden Anträge und Vorschläge des Kirchspiels sowol als der einzelnen Stimmberechtigten zu berathen und sind die aus diesen Berathungen hervorgehenden Beschlüsse, so wie vereinzelt gebliebenen Vorschläge und Anträge im Protocolle zu verschreiben. Jeder zur Berathung und Beschlußnahme des Landes zu bringende Antrag oder Vorschlag wird herkömmlich „Deliberatorium“ ge-

nannt. Nur das von sämmtlichen Einsäßen des Kirchspiels oder der Mehrheit derselben beliebte Deliberatorium gilt als die auf dem Landtage zu vertretende Willensmeinung des Kirchspiels selbst oder als Kirchspiels-Deliberatorium, während das von der Minderheit oder einem Einzelnen ausgehende auf den Namen derselben zu stellen und in ihrem Namen als Einzel-Deliberatorium beim Landtage einzubringen ist;

2) sind ein oder zwei Landboten zur Vertretung des Kirchspiels zu erwählen und vermöge Zusammenstellung sämmtlicher aus dem Protocolle ausziehender Kirchspiels- und Einzel-Deliberatorien eine von sämmtlichen Anwesenden zu unterschreibende Instruction für den Landboten anzufertigen und dieselbe ihm zur Vertretung auf dem Landtage nach den Bestimmungen des § 88 zu behändigen;

3) sind Kandidaten zum Posten des Landesbevollmächtigten, der residirenden Kreismarschälle, des Obereinnehmers, der drei Glieder der Genealogienkommission, des nicht residirenden Kreismarschalls für denjenigen Kreis, zu welchem das Kirchspiel gehört, wie auch des Ehrencurators des Mitauschen und Goldingenschen Gymnasiums, des adeligen Deputirten für das Schulcollegium des letzteren und des Curators des Irmlauschen Seminars namhaft zu machen. Jede auch nur von einem einzelnen Stimmberechtigten zu einem der vorerwähnten Posten in Vorschlag gebrachte Person ist zur Candidatur zuzulassen und demnach dem Lande als Candidat vorzustellen. Die im Amte befindlichen Ritterschafts-Repräsentanten sind, auch wenn sie nicht ausdrücklich genannt wurden, eo ipso Candidaten.

Anmerkung ad Punkt 2 und 3. Der Wortlaut der in die Instruction aufgenommenen Deliberatorien, mit Angabe, ob es Kirchspiels- oder Einzel-Deliberatorien sind, wird nebst Motivirung der Antragsteller unter Anschluß der Kandidatenvorschläge dem Ritterschaftskomite von dem Kirchspielsbevollmächtigten gleich nach Abhaltung der Relations-Convocation zur Kenntniß gebracht. Das zugehörige Material ist, so weit thunlich, dem Deliberatorium beizufügen, und die Person des zum Landboten Gewählten ist dem Ritterschafts-Comité anzuzeigen.

§ 71.

Den Einzel-Deliberatorien darf die Aufnahme in die Instruction von der Mehrheit des Kirchspiels nur dann verweigert werden, wenn sie unschädlich oder verlegend abgefaßt sind.

§ 72.

Zum Landboten wählbar ist jeder volljährige, dispositionsfähige Indigenatsedelman, sowie jeder dieselben Bedingungen erfüllende nicht-indigene Eigenthümer eines stimmberechtigten Ritterguts.

Anmerkung. Wenn ein nichtindigener Rittergutsbesitzer zum Landtags-Deputirten erwählt worden, so sind die indigenen Deputirten der Oberhauptmannschaft zu welcher das betreffende Kirchspiel gehört, nach Anleitung des § 92 der Landtagsordnung verpflichtet, einen indigenen Landboten zu designiren, welcher sich mit dem Stimmrechte für das Kirchspiel an den Berathungen und der Beschlußfassung des Landtages, welche rein corporative Interessen berühren, zu betheiligen hat.

§ 73.

Verabsäumt ein Kirchspiel die Wahl und Absendung eines Landboten bleibt es demnach unvertreten, so hat es dennoch die ohne seine Mitwirkung gefaßten Beschlüsse der Landesversammlung anzuerkennen und verfällt in die Strafzahlung von 133 $\frac{1}{3}$ Rbl. S. zum Besten der Landeskasse.

3. Abschnitt.

Von der Zusammensetzung des Landtages.

§ 74.

Der Landtag wird durch die von den Kirchspielen zu demselben entsandten Landboten, den durch sie aus ihrer Mitte gewählten Landbotenmarschall, dessen in derselben Weise ernannten Stellvertreter und den Ritterschafts-Secretairen gebildet.

§ 75.

Zur Ertheilung von Auskünften, Erklärungen und Beleuchtungen, welche erfahrungsmäßig über die gerade zur Verhandlung stehenden

Gegenstände von dem Ritterschafts-Comité nicht selten einzuziehen sind, müssen während der Verhandlungen des ersten Termins der Landesbevollmächtigte oder sein Stellvertreter oder aber zwei andere Glieder des Ritterschafts-Comité auf der Landbotenstube anwesend sein und haben dieselben ihre Sitze auf der ersten Stuhldreihe zur Linken des Landbotenmarschalls.

4. Abschnitt.

Von der Stellung des Landbotenmarschalls, der Landboten und des Secretairs.

A. Von der Stellung des Landbotenmarschalls und dessen Stellvertreters.

§ 76.

Der Landbotenmarschall bestimmt Tag und Stunde für die Landtagsitzungen, untersagt, so oft er es für nöthig erachtet, die Oeffentlichkeit derselben, schließt die Sitzungen, stellt am Schlusse derselben die Tagesordnung für die folgende Sitzung fest, leitet die Verhandlungen, bestimmt den Moment, in welchem die Discussionen über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand zu beginnen haben, spricht, nachdem die der Versammlung nöthig erschienene Erörterung stattgefunden hat, den Schluß der Discussion aus, resumirt dieselbe, hebt die aus ihr sich ergebenden Anträge einzeln hervor und bringt sie in Form von Fragen, deren Fassung ihm obliegt, zur Abstimmung, nimmt die Anmeldung derjenigen, die um das Wort bitten, entgegen, ertheilt es den Einzelnen nach der Reihenfolge der Anmeldung, achtet darauf, daß der Redner sich nicht von dem zur Verhandlung stehenden Gegenstande in seinen Ausführungen entferne, daß er jeden unschicklichen Ausdruck vermeide, die Debatte nicht auf das Feld der Persönlichkeiten hinüberspiele und die Kritik der gegnerischen Vorträge nicht zu Verdächtigungen benutze, ist berechtigt, den Redner jederzeit zu unterbrechen, um ihn von etwaigen Abschweifungen, zum Gegenstande der Debatte zurückzuführen oder Verstöße, die er sich im Ausdrücke oder vermittelst Angriffe, welche keine bestimmt formulirte Anklagen enthalten, gegen irgend jemanden erlaubt und hierdurch den Ernst und die Würde der Versammlung verletzt, zu rügen, indem er ihn — „ersucht auf die Sache selbst einzugehen,“ — oder auch — „sich aller zur Sache nicht gehörigen Auslassungen zu

enthalten," — Beachtet der Redner nicht die an ihn gerichtete Bitte, so spricht der Landbotenmarschall die Rüge in den Worten aus: — „Ich rufe den Herrn Redner zur Ordnung.“

§ 77.

Bleibt auch der Ordnungsruf wirkungslos, so befragt der Landbotenmarschall die Landesversammlung, ob der Landbote zur Zurücknahme oder Zurechtstellung des mündlich oder schriftlich Vorgetragenen aufzufordern ist. Wird das Eine oder das Andere von der Majorität der Anwesenden beschlossen, so wird die diesbezügliche Aufforderung an ihn erlassen. Weigert er sich derselben Folge zu leisten oder bringt er Erklärungen oder Erläuterungen vor, welche der Majorität der Anwesenden nicht ausreichend erscheinen, so wird die Streichung seines Vortrages aus dem Diarium verfügt; auch kann er in solchem Falle auf geschienenen Antrag durch $\frac{2}{3}$ der Anwesenden zur Niederlegung seiner Instruction genöthigt, dieselbe nach § 92 einem Andern übertragen und ihm der fernere active Zutritt zu den Verhandlungen untersagt werden.

§ 78.

Gegen den Ordnungsruf steht dem Redner die am folgenden Tage schriftlich anzubringende Berufung an die Landbotenstube frei, welche mit einer Majorität von zwei Drittel Stimmen ohne vorausgehende Discussion die Unrechtfertigkeit des Ordnungsrufes aussprechen kann.

§ 79.

Bei etwa sich ergebendem Bedürfnisse kann der Landbotenmarschall auch einen engeren Ausschuß bilden, zu welchem jede Oberhauptmannschaft einen Landboten aus ihrer Mitte ernennt und an dessen Sitzungen nur die auf diese Weise zu denselben Berufenen unter Vorsitz des Landbotenmarschalls theilnehmen.

§ 80.

In den Fällen, wo die Discussion über die Deliberatorien einzelner Güter grave Inconvenienzen befürchten läßt, steht dem Landbotenmarschall das Recht zu, ehe er diese Deliberatorien zur Verhandlung kommen läßt, das Gutachten des Ritterschafts-Comité einzufordern. — Theilt dieser seine Besorgniß, so wird der zur Verhandlung gestellte Gegenstand beseitigt.

§ 81.

Der Schriftwechsel in Landesangelegenheiten wird während des Landtages unter der Unterschrift des Landbotenmarschalls geführt, wie auch alle eingehenden Schreiben von ihm entsiegelt werden.

§ 82.

Der Landbotenmarschall kann die Vertretung seiner Instruction einem Deputirten beliebig übertragen. Erscheint deren Sinn zweifelhaft, so liegt die Interpretation dem Landbotenmarschall ob.

§ 83.

Der Landbotenmarschall nimmt von seinem Sitze aus an den Discussionen nicht Theil. Will er es thun, so hat er seinen Sitz mit den sich an ihn knüpfenden Rechten und Verpflichtungen, für die Dauer der Debatte, an welcher er sich theilnimmt, seinem Stellvertreter einzuräumen.

§ 84.

Der Stellvertreter des Landbotenmarschalls tritt mit allen diesem zustehenden Rechten und Verpflichtungen ein, sobald der Landbotenmarschall selbst um irgend einer Ursache willen dem ihm übertragenen Amte vorzustehen gehindert ist.

§ 85.

Der Landbotenmarschall beurlaubt und entläßt die Landboten, welche die Sitzungen des Landtages aus aner kennenswerthen, vom Landbotenmarschall zu würdigenden Gründen zu versäumen sich genöthig sehen.

B. Von der Stellung der Landboten.

§ 86.

Die Wahl zum Landboten darf der Einsaße des Kirchspiels, in welchem sie vollzogen wird, nicht zurückweisen, es sei denn, daß er durch ein Amt gebunden, durch Krankheit behindert ist oder ein Alter von mehr als sechs zig Jahren bereits erreicht hat. Die Annahme der Wahl hängt für Angestellte, Besizliche eines fremden Kirchspiels, Unbesizliche und Personen von mehr als sechs zig Jahren von ihrem Belieben ab. Bei Gleichheit der Stimmzahl hat der Kirchspieleinsasse vor allen Anderen, der Besizliche vor dem Unbesizlichen den Vorzug.

§ 87.

Zwei für dasselbe Kirchspiel ernannte Landboten stehen in Bezug auf Theilnahme an den Verhandlungen des Landtages, an den Discussionen, so wie in Bezug auf Antragstellungen und Entwicklung ihrer Ansichten einander vollkommen gleich. Nur bei Abstimmungen hat der in der Instruction zuerst Genannte den Vorzug vor dem Zweiten, welcher nur in Abwesenheit Jenes mitstimmt.

§ 88.

Der Landbote ist als Vertreter seines Kirchspieles zum treuen Vortrage der von demselben oder den einzelnen Einsaßen desselben aufgestellten in die Instruction aufgenommenen Deliberatorien und sonstigen Anträge und Kundgebungen verpflichtet. Hinsichtlich seiner Meinungs- und Willensäußerungen indessen ist er während des Relationstermins durch die Auffassung und Bestimmungen seiner Instruction keinesweges gebunden. Im Instructionstermine dagegen hat er seine persönliche Ansicht der in seiner Instruction ausgesprochenen vollständig unterzuordnen.

§ 89.

Den etwa zweifelhaften Sinn seiner Instruction hat der Landbote selbst zu erklären und zu erläutern. Behauptet er sie nicht zu verstehen oder giebt er ihre eine dem Wortsinne widersprechende Deutung, so hat er die Instruction im Original vorzulegen. Erscheint ihr Sinn auch der Landbotenstube nicht erkennbar, so ruht die Stimme des Kirchspieles für den gerade vorliegenden Fall.

§ 90.

Jeder Landbote ist, sobald es die Mehrheit der Landesversammlung fordert, auf Antrag des Landbotenmarschalls zur Vorweisung seiner Instruction verpflichtet.

§ 91.

Der Landbote muß den Sitzungen pünktlich beiwohnen. Zum Nachweise dessen, daß es geschehen, sind die etwa Abwesenden im Sitzungsprotocolle namhaft zu machen.

§ 92.

Sollte ein Landbote durch plötzliche Krankheit oder andere legale Gründe behindert werden, sich zum Landtage einzufinden, oder nachdem

er sich eingefunden hatte, aus den angeführten Gründen die Sitzungen zu versäumen genöthigt sein, ohne daß er für die fernere Vertretung seiner Instruction sorgen konnte, so treten — falls das Kirchspiel in mangelnder Voraussicht dieses Falles für denselben keine Bestimmung getroffen hat — die Landboten der Oberhauptmannschaft, zu welcher der Ausgebliebene gehört, zusammen und erbitten einen der Anwesenden zur Uebernahme der Instruction. — In dieser Weise wird auch ein Kirchspiel, das einen nichtindigenen Landboten gewählt hat, in ritterschaftlichen Angelegenheiten vertreten. — Gleiches geschieht, wenn ein Landbote während des Landtages mit Tode abgeht. Alsdann wird indessen das Kirchspiel von dem Geschehenen in Kenntniß gesetzt und zur Wahl eines neuen Landboten aufgefordert. Wird sie vollzogen, so hat der Neugewählte bei seinem Eintritte in die Versammlung seine Instruction von demjenigen, welcher sie bisher vertrat, entgegen zu nehmen.

§ 93.

Wird der zum Landtage erschienene Landbote um irgend einer Ursache willen, jedoch nicht so plötzlich abberufen, daß er für die Vertretung seiner Instruction nicht selbst sollte sorgen können, so hat er dieselbe für die Dauer seiner Abwesenheit nach eingeholter Bewilligung des Landbotenmarschalls und von demselben erlangten Urlaube mittelst einer zu Protocoll zu gebenden Erklärung einem andern hiezu erbetenen Landboten zu übergeben.

§ 94.

Für die nicht durch gesetzliche oder von dem Landbotenmarschall als solche anerkannte Gründe erfolgte Verabsäumung irgend einer Sitzung zahlt der Ausbleibende 4 Rbl. S. Versäumt er in gleicher Weise beide Termine vollständig, so verfällt er in eine Strafzahlung von $133\frac{1}{3}$ Rbl. S. Für die Versäumniß nur eines Termins zahlt er die Hälfte dieser Summe.

§ 95.

Der substituirte Deputirte hat nicht das Recht, die übernommene Instruction weiter zu übertragen. Kann oder will er sie nicht ferner vertreten, so hat er die diesbezügliche Erklärung zum Protocoll zu geben und die Landboten derjenigen Oberhauptmannschaft, zu welcher der von ihm Vertretene gehört, haben einen Andern zur Uebernahme der Instruction zu erbitten.

§ 96.

Der substituirtre Deputirte ist gleich dem durch ihn Vertretenen durch die dem Letztern ertheilte Instruction gebunden.

§ 97.

Mehr als zwei Instructionen darf Niemand vertreten.

§ 98.

Jeder Landbote unterliegt der Beurtheilung jedes Kirchspiels, welches dessen Verhalten zu billigen oder zu mißbilligen befugt ist. Die solchergestalt:

- 1) auf den Instructions-Convocationen ausgesprochenen Willensmeinungen werden im Diario vermerkt, dem Betheiligten aber nur dann eröffnet, wenn sie von der Mehrzahl der Kirchspiele getheilt werden;
- 2) auf den Convocationen für die Schlußrelationen abgegebene Erklärungen sind dem Ritterschafts-Comité einzusenden und dem von ihnen Betroffenen wiederum nur kund zu geben, wenn sie von der Mehrheit der Kirchspiele ausgegangen sind.

§ 99.

Der Landbote kann verlangen, daß er mit seinen mündlichen sowohl als schriftlichen Anträgen, Vorschlägen, Beleuchtungen und Erklärungen, wenn sie nur in Form und Inhalt gegen das hierüber im § 76 Angeführte nicht verstoßen, gehört und dieselben zum Diarium genommen werden. Daß dieselben ihm in extenso und nicht bloß in der ihnen vom Ritterschafts-Secretairen gegebenen und von der Landbotenstube gebilligten Fassung einverleibt werden, kann der Vortragende nur fordern, wenn seinem in dieser Beziehung gestellten Verlangen von der Mehrheit der Versammlung willfahrt wird.

§ 100.

Protestationen gegen irgend einen von der Majorität gefaßten Beschluß, so wie jede Handlung, welche die Absicht verräth, denselben in seiner Wirkung zu hemmen, zieht für den solchen Verhaltens Schuldigen die Strafzahlung von $33\frac{1}{3}$ Reichsthalern Albertus oder 42 Abl. S. nach sich. Der von der Mehrheit überstimmte Landbote kann seine

abweichende Meinung mit dem hierauf bezüglichen Auszuge aus seiner Instruction zu seiner Legitimation verschreiben, auch sich Schein und Beweis darüber ertheilen lassen, ohne daß jedoch seine vorgebrachten Bewahrungen zu öffentlicher Kunde gelangen.

§ 101.

Den in gesetzlicher Weise zu Stande gebrachten Landtagschluß ist jeder einzelne Landbote, auch wenn er mit den in demselben enthaltenen Beschlüssen nicht übereinstimmt, zu unterzeichnen verpflichtet.

§ 102.

Innerhalb acht Wochen nach der durch den Comité zu bewerkstelligenden Versendung des Landtagschlusses an die Kirchspiels-Bevollmächtigten hat jeder Landbote, falls er dazu von irgend einem der Einsaßen aufgefordert wurde, auf der desfalls abzuhaltenden Convocation seinem Kirchspiele über die Verhandlungen des zweiten Landtagstermins Relation abzustatten und seinen Committenten die von ihnen etwa geforderten Aufschlüsse zu ertheilen. Daß es geschehen, hat der Kirchspiels-Bevollmächtigte dem Comité anzuzeigen. Versäumt der Landbote die Abstattung dieser gewünschten Relation, so kann er auf dem nächsten Landtage nicht als Landbote erscheinen.

C. Von der Stellung des Ritterschafts-Secretairen.

§ 103.

Der Ritterschafts-Secrétaire

- 1) führt das landtägliche Protocoll oder Diarium;
- 2) hat alle mündlichen Anträge der Landboten sofort zu verschreiben und alsdann zu verlesen, um die Antragsteller von der richtigen Fassung des von ihnen Vorgebrachten zu überzeugen;
- 3) hat das von ihm aufgenommene Protocoll in der nächstfolgenden Sitzung in der Reinschrift vorzulegen und zu verlesen und dieselbe, nachdem sie von der Versammlung genehmigt oder auch zurechtgestellt wurde, unter seiner Contrasignatur dem Landbotenmarschall zur Unterschrift vorzulegen;
- 4) ertheilt Abschriften laufender Verhandlungen, so wie Extracte aus dem Landtags-Diario und zwar, wenn sie von Anderen als Landboten oder Mitgliedern des Ritterschafts-Comité gefordert werden, nur mit Bewilligung des Landbotenmarschalls;

- 5) contrasignirt alle von der Landesversammlung ausgehenden Schriftstücke;
- 6) bedient sich bei seinen Amtsverrichtungen des Ritterschafts-Siegels;
- 7) wird bei etwaiger Abwesenheit regelmäßig durch den Ritterschafts-Actuaren vertreten, welcher jedoch auch, wenn die Versammlung es vorzieht, durch einen Landboten ersetzt werden kann;
- 8) kann bei gehäuften Geschäften sich einen Landboten zur Hilfe erbitten und ihm die Beglaubigung etwaiger Abschriften, Extracte 2c. übertragen;
- 9) hat die Beschlüsse des Landtages zu redigiren, kann sich aber auch zu diesem Geschäfte die Hilfe eines oder mehrer Landboten erbitten;
- 10) hat ein *votum consultativum*, von dem er bei allen Berathungen Gebrauch zu machen verpflichtet ist, indem er auf die seiner Ansicht nach etwa unbeachtet gebliebenen geseglichen und thatsächlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen und den etwa übersehenen wahren Stand der Dinge sachgemäß darzustellen hat, wie es denn überhaupt zu seiner Amtspflicht gehört, seine abweichende Ueberzeugung auszusprechen; und
- 11) hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht seine abweichende Meinung mit den dieselbe bestimmenden Gründen zu Protocoll zu geben.

5. Abschnitt.

Von dem Relations-Termin.

A. Von der Eröffnung des Landtages.

§ 104.

An dem zum Zusammentritt des Landtages bestimmten Tage versammeln sich sämtliche Landboten um die im Landtagsauschreiben festgesetzte Stunde im Ritterhause, wo der Ritterschafts-Secretaire das Protocoll eröffnet, die von den Kirchspiels-Bevollmächtigten als Landboten angemeldeten namentlich aufruft und die erschienenen im Protocolle verzeichnet. Sind ihrer zwei Drittel beisammen, so treten sie unter Vorßiß des Landesbevollmächtigten zur Prüfung des Wahlactes

und der Legitimation, auf Grund deren der Einzelne sich eingefunden hat, zu einem Comité zusammen. An der Beprüfung des ihn selbst betreffenden Wahlacts und der eigenen Legitimation nimmt der Einzelne selbstverständlich nicht Theil. Ueber seine Zulassung oder Zurückweisung entscheidet die absolute Majorität der Beschließenden. Bei Stimmengleichheit giebt des Landesbevollmächtigten Stimme den Ausschlag.

§ 105.

Am darauf folgenden Tage versammeln sich die Landboten, deren Wahl und Legitimation nicht beanstandet oder zurückgewiesen wurde, um die von dem Landesbevollmächtigten hierzu bestimmte Stunde abermals im Ritterhause und begeben sich unter Vortritt des vom Ritterschafts-Secretairen begleiteten Landesbevollmächtigten in die St. Trinitatis-Kirche, wo nach Beendigung des landtäglichen Gottesdienstes zur Wahl des Landbotenmarschalls geschritten wird. Sie wird vollzogen, indem jeder einzelne kirchspielsweise vom Landesbevollmächtigten aufgerufene Landbote zu ihm herantritt, und die Person, welche er zum Landboten, marschall wünscht, namhaft macht, der Secetaire aber die Namen der in Vorschlag Gebrachten verschreibt. Nach allseitig erfolgter Stimmengabe wird derjenige Landbote, welcher die Mehrzahl der Stimmen und nicht weniger als siebenzehn für sich gehabt hat, von dem Landesbevollmächtigten als Landbotenmarschall proclamirt und ihm von demselben der Landtagsstab behändigt. — Ergiebt sich keine Mehrheit von siebenzehn Stimmen bei der ersten Abstimmung, so wird sie wiederholt, bis diese Mehrheit erlangt wird.

§ 106.

Bei der Wahl des Landbotenmarschalls kann nur persönlich und nicht auch in Vollmacht gestimmt werden.

§ 107.

Aus der Kirche begeben sich die Landboten unter Vortritt des Landbotenmarschalls nach dem Ritterhause zurück, woselbst er den Landtag für eröffnet erklärt.

§ 108.

Ehe zu den eigentlichen Landtags-Verhandlungen geschritten wird, ist

- 1) zur Vertretung des Landbotenmarschalls für den Fall seiner Abwesenheit, Erkrankung &c. dessen Stellvertreter zu wählen, zu

dessen Wahl dieselbe Stimmenzahl, wie zu der des Landbotenmarschalls gefordert wird;

- 2) dem Gouverneuren, dem Vice-Gouverneuren, den Gliedern des Oberhofgerichts, als ältern Brüdern, und dem Ritterschafts-Comité die Eröffnung des Landtages durch besonders dazu abgeordnete Landboten anzuzeigen, welche über die von ihnen bewerkstelligte Anzeige und die auf dieselbe etwa empfangene Erwiderung der Landbotenstube Bericht zu erstatten haben;
- 3) dem Comité durch die an ihn Abgeordneten die Stunde anzuzeigen, um welche die Landbotenstube die Abstattung der Relation des Comité und des Landesbevollmächtigten erwartet, so wie
- 4) die Glieder des Oberhofgerichts, als ältere Brüder, zur Anhörung der vorerwähnten Relationen aufzufordern sind.

B. Von den Gegenständen der landtäglichen Verhandlungen.

§ 109.

Zu den Gegenständen der landtäglichen Verhandlungen gehören :

- 1) Allerhöchste Befehle, obrigkeitliche Anordnungen und Vorschläge, welche dem Landtage zur Kenntnißnahme, Nachachtung, Verathung, Begutachtung oder Beschlußnahme überwiesen werden;
- 2) die Entgegennahme der Relation des Landesbevollmächtigten, des Comité, des Obereinnehmers und derjenigen Glieder des Comité, welche mit der Führung eines besondern Geschäftszweiges betraut waren;
- 3) die Beprüfung der Geschäftsführung des Landesbevollmächtigten und des Comité während der letztverfloffenen drei Jahre;
- 4) die aus den Kirchspielen eingegangenen Kirchspiels- und Einzel-Deliberatoria;
- 5) die von den Landboten selbst während des Landtages eingebrachten Deliberatoria, die indessen nur dann zur Verhandlung kommen, wenn sie von der Majorität der Landboten zugelassen werden;
- 6) durch einen Landboten eingebrachte, in seine Instruction nicht aufgenommene Anträge eines Stimmberechtigten seines Kirch-

spiels, wenn nachgewiesen wird, daß zur Zeit der Abhaltung der Relations-Convocation zu diesen Anträgen keine Veranlassung war und wenn dieselben überdies von zwei Dritteln der Landboten zugelassen worden;

- 7) von dem Ritterschafts-Comité eingebrachte Deliberatoria;
- 8) Anschreiben von Behörden, Adressen und Reclamationen von Personen, die entweder in den Landboten an und für sich oder in der Qualität, in welcher sie sich geriren, keine Repräsentanten besitzen;
- 9) Indigenats-Ertheilungen;
- 10) die Anweisung der Gelder zur Bestreitung der durch die Aufwartung in der Landbotenstube, durch Copialien, durch Delegation der Landboten, durch Absendung von Gesandten und durch den landtäglichen Gottesdienst oder durch sonstige Erfordernisse verursachten Kosten.

§ 110.

Aus den Kirchspielen eingegangene Deliberatoria einzelner Stimmberechtigter (cf. § 70) kommen nur zur Verhandlung, wenn sie von der Landesversammlung zugelassen werden.

§ 111.

Von einem einzigen Kirchspiele beliebte Deliberatoria kommen nicht zur Verhandlung und werden nicht an das Land gebracht, wenn zwei Drittel der Landboten in Uebereinstimmung mit dem Comité sich für Zurückweisung derselben aussprechen.

§ 112.

Kirchspiels-Deliberatoria, welche der durch den § 27 der Formula Regiminis hergestellten Ordnung der Dinge zuwiderlaufen, ihrem Inhalte nach dem Gemeinwohle nachtheilig werden können, durch bereits emanirte Anordnungen und Befehle erledigt sind oder nicht erledigt werden können, grave Inconvenienzen befürchten lassen oder unschädlich und verlegend abgefaßt sind, werden, wenn zwei Drittel der Landboten, nach eingeholtem, zustimmenden Gutachten des Ritterschafts-Comité, sich für deren Zurückweisung entscheiden, nicht an das Land gebracht.

§ 113.

Vorschläge zu Indigenats-Ertheilungen kommen nur dann zur Verhandlung und werden nur dann an das Land gebracht, wenn dieselben von der Mehrheit der Kirchspiele ausgegangen sind.

C. Von dem Geschäftsgange.

§ 114.

Sämmtliche der landtäglichen Berathung und Beschlußnahme unterliegende Gegenstände, kommen theils in der Landbotenstube oder dem Plenum der Versammlung, theils in den dem Plenum vorarbeitenden aus seiner Mitte hervorgegangenen Commissionen zur Verhandlung.

a. Von den Landtags-Commissionen.

§ 115.

Außer dem von dem Landbotenmarschall nur in außergewöhnlicher Veranlassung nach § 79 zu bildenden Ausschüsse und den von der Landesversammlung selbst bei etwa eintretendem Bedürfnisse für einen speciellen Gegenstand der landtäglichen Verhandlung besonders niederzusetzenden Commissionen sind zur Vorbereitung der über jede einzelne Vorlage im Plenum der Landbotenstube zu führenden Debatte und des von ihm zu fassenden Beschlusses folgende Commissionen zu bilden, und zwar:

1) die Correlations-, 2) die Redactions-, 3) die Calculatoren- und 4) die Prästanden-Commission, welche bis auf die Prästanden-Commission, die nur drei Glieder zählt, aus fünf Personen zusammengesetzt werden.

Die Glieder der Redactions- und Prästanden-Commission werden aus der Gesamtheit der Landboten, die Glieder der Calculatoren- und Correlations-Commission dagegen zu je Einem aus jeder einzelnen Oberhautmannschaft von den in Oberhauptmannschaften zusammentretenden Landboten gewählt.

1. Von der Correlations-Commission.

§ 116.

Die Correlations-Commission hat sich mit der Beprüfung der Geschäftsführung des Comité und des Landesbevollmächtigten zu beschäfti-

gen, sich zu diesem Zwecke davon zu überzeugen, in wie weit der Comité und der Landesbevollmächtigte die von dem letzten Landtage ihnen ertheilte Instruction befolgt, dessen Beschlüsse zur Ausführung gebracht und sämtliche ihnen zugefallenen Geschäfte ordnungsmäßig geführt haben. Sämmtliche auf die zu beprüfende Geschäftsführung bezügliche Acten, Journale und Bücher sind der Commission, in so weit sie es verlangt, zur Durchsicht vorzulegen.

§ 117.

Das Ergebniß ihrer Beprüfung unterlegt die Commission der Landbotenstube in einem besonderen Berichte, welcher dem Comité zur Rückäußerung mitgetheilt wird. Widerspricht er den Anführungen, Behauptungen oder Schlußfolgerungen der Commission, so hat dieselbe sich über den erhobenen Widerspruch vernehmen zu lassen und ist auf diese Entgegnung eine nochmalige Erklärung des Comité einzufordern, hiermit aber der beiderseitige Schriftenwechsel geschlossen. Auch endet er schon mit der ersten Erwiderung des Comité, wenn er gegen das von der Commission Vorgebrachte nichts einzuwenden gehabt hat.

§ 118.

Berichte und Erklärungen der Commission, so wie des Comité werden, in so weit es von der Landbotenstube für nöthig erachtet wird, mit einer von der Commission vorzuschlagenden und von der Landbotenstube zu genehmigenden oder auch einer von dieser selbst zu wählenden Begutachtung der Geschäftsführung des Comité mit den Landtagsacten an die Kirchspiele versandt.

2. Von der Redactions-Commission.

§ 119.

Gleich nach der Wahl der Redactions-Commission übergiebt der Ritterschafts-Secretair derselben die von ihm beglaubigten Abschriften der aus den Kirchspielen eingegangenen Deliberatorien nebst Motivirung der Antragsteller und dem eingelieferten zugehörigen Material und die Kandidatenlisten, auf gesonderten Blättern geschrieben, nach Materien geordnet und mit einem Generalverzeichnis versehen.

§ 120.

Die Redactions-Commission hat jedes einzelne Deliberatorium zu beprufen, ihm seine urspruengliche Fassung zu belassen oder eine seinem Sinne sich genau anschliessende, neue zu ertheilen, dasselbe, versehen mit dem Namen des Kirchspiels oder der Person, von der es ausgegangen ist, in der Landbotenstube schriftlich einzubringen, eine bestimmte Meinung ueber dasselbe in einem sich ihm anschliessenden schriftlichen Gutachten auszusprechen, die bedingungslose oder bedingte Annahme oder Verwerfung des betreffenden Vorschlages zu empfehlen, diese Empfehlung in Form schriftlich abgefaelter, dem Gutachten nachfolgender Fragen der Entscheidung der Landbotenstube zu unterstellen und das solchergestalt bearbeitete Deliberatorium alsdann dem Landbotenmarschall zur Berathung und Verhandlung auf der Landbotenstube zu uebergeben.

§ 121.

Allen Deliberatorien, welche Geldwilligungen betreffen, hat die Commission zwei Fragen folgen zu lassen, und zwar:

- 1) soll gewilligt werden?
- 2) soll die Summe von gewilligt werden?

§ 122.

Ghe die Commission die im § 70 und 110 erwaehnten Einzel-Deliberatoria, oder die § 111 erwaehnten, von einem einzigen Kirchspiele eingebrachten, oder diejenigen, ueber welche nach § 112 die Meinung des Ritterschafts-Comite einzuholen ist, begutachtet, traegt sie darauf an, das die Landbotenstube ueber Annahme oder Zurueckweisung derselben Beschluß fasse. Wird die Zulassung der vorerwaehnten Deliberatoria von der Landbotenstube abgelehnt, so hat die Commission sich mit ihnen nicht weiter zu befassen.

§ 123.

Wird das von der Commission entworfene Gutachten nebst den gestellten Fragen von der Landbotenstube gutgeheissen, so werden die Deliberatoria in der ihnen von der Commission gegebenen Fassung und Begrueundung nebst Fragestellung mit den Landtagsacten zur Versendung an die Kirchspiele gedruckt. Minoritaetsgutachten, denen elf Deputirte sich anschliessen, muessen an das Land als Minoritaets sentiments gebracht werden, unter Aufrechterhaltung jedoch derjenigen Bestimmungen, welche sich auf die in Schrift und Sprache zu wahrende Wuerde und Ernst beziehen.

§ 124.

Findet die Landbotenstube die Fragestellung oder Begutachtung ungenügend oder unrichtig, so hat, wenn die Zurechtstellung nicht von ihr selbst vorgenommen wird, die Commission ihre Arbeit in dem von der Landbotenstube ausgesprochenen Sinne zu ändern. Die letztere kann auch belieben die Deliberatoria ohne alle Begutachtung und Begründung an das Land zu bringen.

§ 125.

Die Redactions-Commission hat die Deliberatoria in extenso einzubringen nur dann die Verpflichtung, wenn die Mehrheit der Versammlung es anordnet oder ein Landbote es verlangt und gleichzeitig die Bestreitung der dadurch verursachten Kosten übernimmt.

§ 126.

Aus einem ihrer Bearbeitung unterliegenden Deliberatorium darf die Redactions-Commission als solche kein neues bilden. Stellt sich ihr bei dem ihr vorliegenden Materiale die Aufstellung eines neuen Deliberatorium als nothwendig dar, so ist es als Landboten-Deliberatorium zu behandeln.

§ 127.

Den Arbeiten der Redactions-Commission wohnt ein von dem Ritterschafts-Comité hierzu abgeordnetes Mitglied desselben bei und nimmt an den Berathungen mit einem voto consultativo Theil. Weicht seine Ansicht von derjenigen der Commission ab, so kann er den Vortrag seiner abweichenden Meinung auf der Landbotenstube verlangen, und tritt der Ritterschafts-Comité seiner Auffassung bei, so ist dieselbe dem betreffenden Deliberatorium zum Vortrage auf der Instructions-Convocation anzuschließen.

3. Von der Calculatoren-Commission.

§ 128.

Die Calculatoren-Commission hat das dem Ritterschafts-Comité obliegende Rechnungswesen zu revidiren, die ordnungsmäßige Verwendung der bei ihm einfließenden Gelder, die stiftsmäßige Verwendung der ihm anvertrauten, zu milden oder gemeinnützigen Zwecken bestimm-

ten Capitalien, so wie die Verwaltung der Unterstützungskasse für Wittwen und Waisen vom Kurländischen Adel zu beprufen.

Die Stiftungen, deren Verwaltung dem Ritterschafts-Comité, obliegt, finden sich auf der Beilage zu diesem Paragraphen verzeichnet.

§ 129.

Ueber das Ergebniß ihrer Beprüfung erstattet die Commission der Landbotenstube einen Bericht, mit welchem wie mit dem der Correlations-Commission verfahren wird.

4. Von der Prästanden-Commission.

§ 130.

Die Prästanden-Commission hat die Verwaltung der Prästanden, nachdem die auf dieselben bezüglichen Acten von dem Herrn Civilgouverneuren dem Landtage auf Requisition des Landbotenmarschalls übersandt worden sind, zu beprufen und über den Befund der Landbotenstube zu berichten. — Der Bericht wird den Landtagsacten zur Versendung an die Kirchspiele angeschlossen.

5. Von den Stifts-Revidenten.

§ 131.

Zur Revision der Verwaltung des St. Catharinen-Stifts wird ein einzelner Landbote abgeordnet, welcher dem ihm ertheilten Auftrage in Gemeinschaft mit einem auf Requisition der Landbotenstube von dem Herrn Civilgouverneuren abzuordnenden Landesbeamten nachkommt.

§ 132.

Der Stiftsrevident hat sich davon zu überzeugen, ob das St. Catharinen-Stift statutenmäßig verwaltet wird, die zu demselben gehörigen Gebäude in baulichem Zustande erhalten werden, die zum Besten des Stiftes von dem Herrn Baron Ferdinand von Korff und der Gräfin Mengden vermachten Summen testamentarischer Ordnung gemäß verwandt, die von dem Stiftscurator zur landtäglichen Revision vorzutragenden Rechnungsaufstellungen vorschriftmäßig angefertigt worden sind, ob der Curator das von ihm dem Landtage vorzulegende Verzeichniß über das gesammte seit der Gründung des Stiftes zu dem-

selben gehörige Personal an Curatoren, Aebtissinnen und Stiftsfräulein regelmäßig fortführt, ob er die dem Stifte gehörigen Werthpapiere und Documente gegen eine ihm hierüber auszustellende Quittung in der Ritterschafts-Rentei aufbewahrt und dieselben bei eintretendem Bedürfnisse nur auf Anordnung des Ritterschafts-Comité aus dem ihnen angewiesenen Gewahrsam herausnimmt.

§ 133.

Ueber den Befund, über die bei der Revision etwa vorgebrachten Wünsche und Beschwerden des Curators, der Aebtissin oder der Stiftsfräulein erstattet der Revident der Landbotenstube Bericht. Derselbe wird gleich denen der verschiedenen Commissionen und in derselben Weise zur Kenntniß des Landes gebracht.

b. Von der Landbotenstube oder dem Plenum der Landesversammlung.

1. Von der Sammlung des Materials zur landtäglichen Behandlung.

§ 134.

Die Landbotenstube beschäftigt sich, nachdem die Eröffnung des Landtages den verschiedenen Autoritäten angezeigt worden, zunächst mit der Sammlung des Materials zu ihren Arbeiten und nimmt zu diesem Zwecke vor allen Dingen die Relationen des Comité, alsdann des Landesbevollmächtigten und schließlich der mit einem besondern Geschäftszweige betrauten Comitéglieder entgegen.

§ 135.

Bei Abstattung dieser Relationen nehmen die ältern Herren Brüder, welche am Eingange zum Saale in herkömmlicher Weise durch vier vom Landbotenmarschall hiezu erwählte Landboten zu empfangen sind, in der ersten Stuhldreie die Sitze zur Rechten, der Landesbevollmächtigte aber und die Comitéglieder, welche in gleicher Weise empfangen werden, die Sitze zur Linken des Landbotenmarschalls ein.

§ 136.

Die verschiedenen Relationen, — welche eine umfassende und genaue Darlegung der gesammten Thätigkeit der Ritterschafts-Repräsen-

tation während der letztverflossenen drei Jahre und insbesondere der Ausführung und Erledigung des letzten Landtagschlusses enthalten und bereits vor Beginn des Landtages, in so weit der Comité es für thunlich erachtet, gedruckt werden müssen, werden, und zwar die des Comité von dem Ritterschafts-Secretairen, die des Landesbevollmächtigten von ihm selbst und die übrigen ebenso von den Berichterstattern selbst vorgelesen. Mit den Relationen sind auch die zu ihnen etwa gehörigen Beilagen vorzutragen.

§ 137.

Ob diese vollständig zum Diarium zu nehmenden Relationen, wenn sie nach dem vorausgehenden Paragraphen noch nicht gedruckt sind, auch vollständig oder nur ihrem wesentlichen Inhalte nach in einem von dem Ritterschafts-Secretairen anzufertigenden und von der Versammlung gutzuheißenden Auszuge der Oeffentlichkeit im Drucke zu übergeben sind, bestimmt die Landbotenstube.

§ 138.

Nach Abstattung der Relationen nimmt der Landbotenmarschall von der Ritterschafts-Repräsentation die Vorschläge und Deliberatoria entgegen, welche sie einzubringen für nöthig erachtet.

§ 139.

Hierauf ist der Versammlung durch den Landesbevollmächtigten Alles mitzutheilen, was auf Allerhöchsten Befehl oder auf Verfügung der Obrigkeit zur Berathung oder Erfüllung zu bringen ist.

§ 140.

Sodann wird zur Bildung der im § 115 erwähnten Commissionen, so wie zur Ernennung des Stiftsrevidenten geschritten und ihnen das gesammte zur landtäglichen Verhandlung eingegangene Material zur Bearbeitung überwiesen.

§ 141.

Die nach obiger Vertheilung des Bearbeitungs-Materials eingehenden Vorschläge, Anträge oder Deliberatoria erledigt die Landbotenstube entweder selbst oder verweist sie zur Vorarbeit an eine ihrer Commissionen.

§ 142.

Der von einem Landboten eingebrachte Antrag, über welchen bereits abgestimmt ist, oder über den schon berathen wurde, oder der auch nur eine Beantwortung veranlaßt hat, kann von dem Antragsteller nicht mehr willkürlich zurückgezogen werden, es sei denn, daß die Majorität der Landboten die Erlaubniß hierzu ertheile.

§ 143.

Zum Einbringen der nicht schon mit den Instructionen der Landboten eingegangenen Anträge und Deliberatoria bestimmt der Landbotenmarschall nach vorgängiger Verständigung mit der Landbotenstube eine peremptorische Frist.

2. Von der Tagesordnung.

§ 144.

Zur Feststellung der Reihenfolge, in welcher die bei dem Landbotenmarschall im Voraus anzumeldenden Anträge der Landboten, die in gleicher Weise anzumeldenden Berichte der verschiedenen Commissionen und des Stiftsrevidenten, so wie die aus der Redactions-Commission einzubringenden Deliberatoria zur Verhandlung kommen sollen, setzt der Landbotenmarschall die Tagesordnung im Voraus fest. Schriftlich abgefaßt wird sie an die Eingangsthür zum Saale geheftet.

§ 145.

Von der Tagesordnung kann nicht abgewichen werden, es sei denn, daß Allerhöchste oder höhere Befehle die unmittelbare Erledigung des von ihnen bezeichneten Gegenstandes gebieten oder daß die Versammlung selbst die Tagesordnung zu unterbrechen beschließt.

§ 146.

Die an die Landesversammlung von Privatpersonen oder Autoritäten eingehenden Schreiben läßt der Landbotenmarschall, wenn ihre Dringlichkeit keine augenblickliche Erledigung fordert, zu Anfange der nächstfolgenden Sitzung durch den Ritterschafts-Secretaire verlesen und bestimmt, wenn dieselben weitere Erörterungen nothwendig machen, den Tag, an welchem dieselben stattfinden sollen oder stellt der Landbotenstube die Bestimmung darüber anheim, ob die durch diese Schrei-

ben zur Sprache gebrachte Angelegenheit vorläufig einer der Commissionen zu überweisen ist.

3. Von der Debatte und Beschlußfassung.

§ 147.

Der Beschlußnahme geht die Discussion über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand und dieser spätestens in der vorhergehenden Sitzung die Verlesung des Gutachtens der referirenden Commission voraus. Wird es für nöthig erachtet, so wird der speciellen Discussion die allgemeine vorausgeschickt; in der Regel hat es bei jener sein Bewenden.

148.

Bei der Discussion darf keinem Landboten, wenn er nicht gegen das im § 76 über die Form und den Inhalt seiner Vorträge Angeführte verstößt, die freieste Meinungsäußerung und das Wort überhaupt in der durch die erfolgte Anmeldung bestimmten Reihenfolge verwehrt werden. Niemandem steht indessen das Recht zu, über denselben Gegenstand das Wort mehr als zweimal zu ergreifen, es sei denn, daß ihm dieses von der Versammlung ausdrücklich gestattet worden oder er eine ihn persönlich und thatsächlich betreffende Bemerkung oder Auslassung eines der Vorredner zu berichtigen habe. Eröffnet wird die Discussion durch den Vortrag des Referenten der Commission oder des Antragstellers. Auch haben dieselben stets das Schlußwort.

§ 149.

Bei der Debatte über einen mehrre Bestimmungen umfassenden Vorschlag oder über ein derartiges Deliberatorium, über deren jede einzelne Beschluß zu fassen und abzustimmen ist, muß das Wort dem dasselbe Verlangenden vor jeder Beschlußnahme in Anleitung des § 148 zweimal gewährt werden.

§ 150.

Ist Niemand mehr zur Ergreifung des Wortes berechtigt oder wird es von Niemand mehr begehrt, so erklärt der Landbotenmarschall die Discussion für geschlossen und ordnet die Abstimmung über die von ihm selbst, oder ursprünglich von dem Antragsteller oder Referenten der Commission gestellte und von ihm acceptirte, das Wesentliche des An-

trages oder des Deliberatorium zusammenfassende Frage an. Dieselbe ist immer in bejahender Fassung zu stellen.

§ 151.

Findet Jemand die Fragestellung unrichtig, so hat er seine Bedenken hierüber dem Landbotenmarschall mitzutheilen und ihm die Stellung einer andern Frage oder eine andere Formulirung der Frage oder eine Theilung derselben vorzuschlagen. Weiset der Landbotenmarschall den ihm gemachten Vorschlag zurück, so kann der Antragsteller sich an die Landbotenstube wenden, damit dieselbe nach vorausgegangener Discussion hierüber oder, wenn diese nicht für nöthig gehalten wird, ohne solche entscheide, welche der in Vorschlag gebrachten Fragen zu stellen und welche Formulirung derselben anzunehmen ist.

§ 152.

Jede Beschlußnahme oder Abstimmung erfolgt unter namentlichem Aufrufe der Landboten durch Bejahung oder Verneinung der zu diesem Zwecke gestellten Frage. Dem Deputirten ist es jedoch gestattet seine Stimme ruhen zu lassen.

§ 153.

Zur Gültigkeit der von der Landbotenstube des Relations-Termins zu fassenden Beschlüsse wird mit Ausnahme der besonders erwähnten Fälle, welche eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmenden erheischen, nur absolute Mehrheit gefordert. — Bei gleicher Stimmzahl giebt die des Landbotenmarschalls den Ausschlag und er muß in diesem Falle seine Stimme selbst exerciren, auch wenn er die Ausübung derselben einem Landboten übertragen haben sollte.

§ 154.

Ist gegen die Fassung der Frage nichts zu erinnern, so hat der Landbotenmarschall, wenn es von wenigstens fünf Mitgliedern der Versammlung gefordert wird, mit der Anordnung der Abstimmung eine halbe Stunde innezuhalten.

§ 155.

Nur der Landbotenstube und nicht auch den Commissionen steht alle und jede Beschlußnahme zu, daher auch nur die Landbotenstube zu entscheiden hat, mit welchem Gutachten versehen oder ob ohne ein

solches die durch die Commissionen hindurchgegangenen Deliberatoria und Anträge, so wie ferner ob die ihr von den Commissionen und dem Stiftsrevidenten erstatteten Berichte mit dem ganzen durch dieselben veranlaßten Schriftenwechsel oder nur mit einem Auszuge aus demselben an das Land zu bringen sind.

4. Von dem Sitzungsprotocolle oder Diarium.

§ 156.

Das von dem Ritterschafts-Secretairen in jeder einzelnen Sitzung aufzunehmende Protocoll oder Diarium hat aller in derselben vorgekommenen Verhandlungen Erwähnung zu thun. Es können demnach nicht nur jeder Landbote, sondern auch die Glieder des Ritterschafts-Comité verlangen, daß das von ihnen auf der Landbotenstube Borgebrachte, wenn auch nicht wörtlich, so doch seinem wesentlichen Inhalte nach, in das Diarium aufgenommen werde. Verlangt Jemand die wörtliche Wiedergabe des Borgebrachten, so greifen die Bestimmungen des § 125 Platz. — Nur die nach den Bestimmungen des § 112 verworfenen Deliberatoria werden mit allen hierauf bezüglichen Verhandlungen aus dem Diarium ganz gestrichen und hat dasselbe ihrer demnach gar keine Erwähnung zu thun. Der Landbote indessen, welcher sie zu vertreten hat, kann zu seiner Legitimation über das Geschehene Schein und Beweis fordern.

D. Von dem Schlusse des Relations-Termins.

§ 157.

Nachdem alle zur Berathung und Beschlußnahme des Relations-Termins gestellten Gegenstände erledigt worden, ersucht der Landbotenmarschall den Ritterschafts-Comité den Abdruck und, wo nöthig, die Abschrift der Landtagsacten nebst allen Beilagen in extenso oder, nach Maßgabe der von der Landbotenstube hierüber im Einzelnen getroffenen Bestimmungen, im Auszuge zu besorgen und nachdem es geschehen, die Landtagsacten an die Kirchspiels-Bevollmächtigten zur Vertheilung von je einem Exemplar an die Stimminhaber und zum Vortrage auf der Instructions-Convocation zu versenden, bestimmt den auch den Kirchspiels-Bevollmächtigten von dem Ritterschafts-Comité anzuzeigenden Tag, an welchem die Landboten sich zur Eröffnung des Instructions-Termins

wieder zu versammeln haben, der indessen nicht später als drei Monate nach dem Schlusse des Relations-Termins seinen Anfang nehmen darf, und erklärt hierauf den Relations-Termin für geschlossen und entläßt die Landboten.

6. Abschnitt.

Von der Instructions-Convocation.

§ 158.

Der Tag zur Abhaltung der Instructions-Convocation, welcher der Landbote zur Erstattung des schuldigen Rechenschaftsberichtes und zur Ertheilung etwaiger Auskünfte beizuhocken muß, wird von dem Kirchspiels-Bevollmächtigten nach vorgängiger Verständigung mit den Landboten bestimmt.

§ 159.

Auf der Instructions-Convocation werden zunächst die von dem Ritterschafts-Comité und den einzelnen Gliedern desselben, so wie die von den verschiedenen Commissionen erstatteten Relationen nebst den zu denselben gehörigen Beilagen und dem durch sie veranlaßten Schriftenwechsel in Vortrag gebracht und die Eingesehenen alsdann aufgefordert, ihr Urtheil über die Geschäftsführung ihrer Vertreter abzugeben.

Hierauf wird zur Abstimmung über die einzelnen, der Beschlußnahme der Ritter- und Landschaft unterstellten Vorschläge und Anträge geschritten, indem die an dieselben von der Landbotenstube geknüpften Fragen in der ihnen von derselben gegebenen Fassung mit — „Ja“ — oder — „Nein“ — beantwortet werden.

Schließlich wird die Wahl des Landesbevollmächtigten, der residirenden Kreismarschälle, des Obereinnehmers, der drei Glieder der Genealogen-Commission, des nichtresidirenden Kreismarschalls desjenigen Kreises, zu welchem das Kirchspiel gehört, des Ehrencurators des Mißtauschen und des Goldingenschen Gymnasiums, des adeligen Deputirten bei dem Schulcollegium des letztgenannten Gymnasiums, des Curators des Irmlauschen Seminars, so wie des Kirchspiels-Bevollmächtigten vollzogen.

§ 160.

Das Ergebniß der Abstimmung wird in der dem Landboten mitzugebenden Instruction vermerkt, indem die Zahl der affirmativen sowol

als der negativen Stimmen in der dem Landboten zu ertheilenden Instruction mit Buchstaben ausgeschrieben wird.

§ 161.

Bewahrungen der Minorität oder Einzelner oder etwaige abweichende Erklärungen sind nur im Kirchspiel-Protocolle zu verschreiben, nicht aber der Instruction des Landboten einzuverleiben und können daher auch nicht ins Landtags-Diarium übergehen.

§ 162.

Als Kirchspiels-Beschluß gilt, wo es, wie bei der Abgabe des Urtheils über die bisherige Geschäftsführung des Ritterschafts-Comité auf den Beschluß des einzelnen Kirchspiels und nicht bloß sämtlicher Stimmberechtigten des Landes ankommt, der Ausspruch der Majorität des Kirchspiels.

§ 163.

Die von dem Kirchspiele gefaßten Beschlüsse und vollzogenen Wahlen werden in eine dem Landboten zum zweiten Landtags-Termine mitzugebende Instruction zusammengefaßt, welche gleich der für den ersten Termin abgefaßten von sämtlichen, auf der Convocation anwesenden Kirchspiels-Einsassen zu unterschreiben ist.

7. Abschnitt.

Von dem Instructions-Termine oder zweiten Landtags-Termine.

§ 164.

Nachdem die Landboten sich an dem zur Eröffnung des zweiten Landtags-Termins bestimmten Tage im Ritterhause versammelt haben, eröffnet der Landbotenmarschall die Verhandlungen, indem er die Landboten zur Verlautbarung der von den Kirchspielen über die bisherige Geschäftsführung des Ritterschafts-Comité abgegebenen Urtheile auffordert. Die Erklärungen der Mehrheit der Kirchspiele gelten als die Willensmeinung des Landes, welche dem Ritterschafts-Comité in einer eigens dazu anberaumten Sitzung von dem Landbotenmarschall eröffnet wird. Dasselbe findet mit den von den Kirchspielen etwa gefällten

Urtheilen über die Renteverwaltung, so wie über die den einzelnen Kreismarschällen und den Kirchspiels-Bevollmächtigten anvertraute Geschäftsführung statt.

§ 165.

Nächst dem wird das Ergebniß der Wahlen festgestellt und dem Ritterschafts-Comité in derselben Weise, wie der vorhin erwähnte Ausspruch der Kirchspiele eröffnet. Auch werden sie dem Gouverneuren, der Regierung und dem Oberhofgerichte angezeigt.

§ 166.

Zur Uebertragung irgend eines Amtes der Ritterschafts-Repräsentation gehört absolute Mehrheit der zur Zeit Stimmberechtigten.

§ 167.

Hierauf werden die übrigen, in dem Kirchspiele gefaßten Beschlüsse nach Inhalt der den einzelnen Landboten ertheilten Instructionen ausgemittelt, und gilt als die von dem Lande über den einzelnen Gegenstand ausgesprochene Willensmeinung diejenige, welche die meisten Stimmen für sich hat, indem — abgesehen von den Aussprüchen der Kirchspiele über die Geschäftsführung ihrer Repräsentanten und von den Vorschlägen zur Ertheilung des Indigenats — nicht die Willensmeinung der Mehrheit der Kirchspiele, sondern die Mehrheit der einzelnen Stimmberechtigten entscheidet.

§ 168.

Sollten die Kirchspiele ihre Willensmeinung über einen einzelnen Gegenstand nicht durch die regelmäßig vorgeschriebene, einfache Bejahung oder Verneinung ausgedrückt haben und wäre daher die Willensmeinung des Landes nicht durch bloße Zählung der Stimmen zu ermitteln, so ist eine Commission niederzusetzen, welche die verschiedenen Kundgebungen zusammenzustellen und der Landbotenstube über das Gesamtergebniß zu referiren hat. Ergiebt sich hierbei eine von der Mehrheit im Wesentlichen auf dasselbe gerichtete Willensäußerung, so ist dieselbe in eine ihr von der Landbotenstube zu gebenden, den stattgehabten Kundgebungen genau entsprechenden Fassung zum Beschlusse des Landes zu erheben. Ein derartiger Beschluß erfordert indessen zu seiner Gültigkeit die Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden.

§ 169.

Zur Gültigkeit der landtäglichen Beschlüsse genügt, abgesehen von dem besonderen, im vorausgehenden Paragraphen behandelten Falle, einfache Majorität, außer bei Geldwilligungen, welche nur mit zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden können.

§ 170.

Der Landbotenstube zweiten Termins steht nicht das Recht zu, das Land bindende Beschlüsse zu fassen, zu denen sie auf den Instructions-Convocationen nicht ausdrücklich ermächtigt worden ist.

§ 171.

Werden im zweiten Landtags-Termine obrigkeitliche Anträge an die Landbotenstube gebracht, so sind:

- 1) Allerhöchste Befehle, welche zur Nachachtung erlassen worden sind und in denen die Art der Erfüllung vorgeschrieben ist, ohne weiteres dem Lande mitzutheilen.
- 2) Allerhöchste Befehle, welche irgend eine Entschließung der Ritterschaft nöthig machen und nicht eine sofortige Erledigung erheischen, den Kirchspielen zu ihrer Beschlußnahme zuzustellen. Die von ihnen gefaßten Beschlüsse werden dem Ritterschafts-Comité zur Vollziehung zugestellt.
- 3) Allerhöchste Befehle, welche irgend eine Entschließung der Ritterschaft erfordern und keinen Aufschub leiden, müssen von der Landbotenstube selbst erledigt werden. Der von ihr zu fassende Beschluß fordert indessen zu seiner Gültigkeit eine Mehrheit von zwei Drittel Stimmen.

Bei Anträgen endlich, welche

- 4) keine bestimmte Vorschrift enthalten, sondern nur die Ritterschaft zur Unterlegung ihrer Entschlüsse auffordern, haben die Landboten die Sache, um die es sich handelt, in Berathung zu ziehen, ihre Meinung über dieselbe abzugeben, sie bei der von ihnen in den Kirchspielen abzustattenden Schlußrelation vorzutragen und einen Beschluß ihres Kirchspieles zu veranlassen, welcher dem Comité mitzutheilen ist.

§ 172.

Sämmtliche vom Lande gefaßte, im Instructions-Termine ermittelte Beschlüsse werden, nachdem das Ergebniß der Kirchspielsabstimmungen im Einzelnen im Diarium verschrieben worden, in den von dem Ritterschafts-Secretaire nach § 103 Punkt 9 anzufertigenden, von der Landbotenstube zu genehmigenden, von dem Landbotenmarschall, sämmtlichen Landboten und dem Ritterschafts-Secretairen zu unterzeichnenden Landtagschluß zusammengefaßt.

§ 173.

Die in gleicher Weise für den Comité anzufertigende Instruction, welche demselben als Richtschnur für seine Amtsführung dient und ihm vor dem Schlusse des Landtages von dem Landbotenmarschall behändigt wird, ist nur von diesem und dem Ritterschafts-Secretairen zu unterzeichnen.

§ 174.

Nachdem der Landbotenmarschall schließlich die Cassabücher der Renteiverwaltung unterzeichnet hat, ordnet er den Druck der Landtagsacten an, ersucht den Ritterschafts-Comité in Anleitung des am 23. April 1827 Allerhöchst bestätigten und dem Kurländischen Landtage am 18. Mai 1827 mitgetheilten Doclad des Herrn Ministers des Innern die auf die innern und öconomischen Angelegenheiten der Ritterschaft Bezug habenden Beschlüsse des Landtages auszugsweise, diejenigen aber, welche irgend einer Anordnung oder der Bestätigung der Regierung bedürfen, in extenso dem Gouverneuren oder dessen Stellvertreter mit der Bitte um Vertretung der Wünsche und Anliegen des Landes zu unterlegen, — ersucht ferner den Ritterschafts-Comité, den Landtagschluß nebst Acten nach bewerkstelligtem Drucke derselben an die Kirchspiele in so vielen Exemplaren, als Einsaßen zu denselben gehören, zu versenden und die Kirchspiels-Bevollmächtigten gleichzeitig aufzufordern, zur Entgegennahme der von den Landboten zu erstattenden Schlußrelation eine Convocation abzuhalten, worauf denn der Schluß des Landtages durch besondere Deputationen dem Gouverneuren, Vicegouverneuren und den Gliedern des Oberhofgerichts als älteren Brüdern angezeigt wird und, nachdem dieses geschehen, die Landboten entlassen werden.

IV. Hauptstück.

Vom extraordinaircn Landtage.

§ 175.

In der Zwischenzeit von einem ordinaircn Landtage zum andern kann zur Erledigung dringender Angelegenheiten auf Anordnung der Regierung oder mit Bewilligung derselben, ein extraordinairer Landtag durch den Landesbevollmächtigten einberufen werden.

Anmerkung. Ueber die Verpflichtung des Ritterschafts-Comité einen extraordinaircn Landtag einzuberufen, wenn die Mehrheit des Landes diesen Wunsch in Kreisversammlungen ausgesprochen hat, handelt der § 182 der Landtags-Ordnung.

§ 176.

Der extraordinaire Landtag hat sich nur mit denjenigen Gegenständen zu beschäftigen, zu deren Erledigung er einberufen wird.

§ 177.

Der extraordinaire Landtag hat nur einen Termin und eine denselben vorbereitende Convocation. Auf der letztern wird der zu demselben zu entsendende Landbote gewählt und demselben eine Instruction ertheilt, in welcher ihm sein Verhalten, hinsichtlich der auf dem Landtage zur Beschlußnahme zu stellenden und dem Kirchspiele durch den Ritterschafts-Comité bereits vorher bekannt gemachten Gegenstände speciell oder auch nur im Allgemeinen vorgeschrieben wird.

§ 178.

Die Einberufung und Eröffnung des extraordinaircn Landtages erfolgt in derselben Weise, wie die des ordinaircn. Auch sind die Wahlen des Landbotenmarschalls und seines Stellvertreters, ihre Verpflichtungen und Rechte, so wie die der Landboten hier wie dort dieselben.

§ 179.

Der Geschäftsgang des extraordinaircn Landtages unterscheidet sich von dem des ordinaircn nur durch diejenigen Abweichungen, welche der verschiedene Geschäftskreis und die Beschränkung auf nur einen Termin veranlassen.

V. Hauptstück.

Von der Oberhauptmannschafts-Versammlungen.

§ 180.

Die regelmäßig auf Kirchspiels-Convocationen oder nach § 182 der Landtags-Ordnung auf Kreis-Versammlungen zur Behandlung zu stellenden Gegenstände können, wenn deren Erörterung in einer größern Versammlung wünschenswerth erscheint und ihre Erledigung nicht bis zum nächsten Landtage hinausgeschoben werden kann, durch den Ritterschafts-Comité ausnahmsweise auf Oberhauptmannschafts-Versammlungen der Beschlußnahme des Landes unterstellt werden.

§ 181.

Auf Oberhauptmannschafts-Versammlungen führt der örtliche nicht-residirende Kreismarschall den Vorsitz, leitet die Verhandlungen, führt das daselbst aufzunehmende Protokoll und sendet es, nachdem es geschlossen und von sämmtlichen Anwesenden unterzeichnet worden, dem Ritterschafts-Comité ein. Hinsichtlich der Art der Abstimmungen, etwaige Strafzahlungen u. s. w. gelten die analogen, auf Kirchspiels-Convocationen bezüglichen Bestimmungen.

VI. Hauptstück.

Von den Kreis-Versammlungen.

§ 182.

Kreis-Versammlungen, zu welchen die Einsassen sämmtlicher zu einem Kreise gehörigen Kirchspiele zusammentreten, werden berufen:

1) vom Ritterschafts-Comité:

- a. zur Vollziehung der Wahlen der kreisgerichtlichen Beamten;
- b. zu der im Lauf eines Trienniums etwa nöthig werdenden Wahl eines örtlichen Kreismarschalls;
- c. in dringenden Fällen zur Einholung der Willensmeinung des Landes; jedoch sollen solchenfalls die den Kreisversammlungen zu machenden Vorlagen derartig bei den Kreiseingesessenen

circuliren, daß sich jeder Eingeseffene wenigstens 8 Tage vor der Kreisversammlung mit dem Inhalt derselben bekannt machen kann. Neben der Beschlußfassung über die von dem Ritterschafts-Comité gemachten Vorlagen ist jede Kreis-Versammlung berechtigt zu verlangen, daß der von ihr solchenfalls eventuell beschlossene Gegenstand auf einem extraordinären Landtage zur endlichen Beschlußfassung gelangen soll, und ist, falls ein solches Verlangen von der Mehrheit im Lande ausgesprochen werden sollte, der Ritterschafts-Comité alsdann verpflichtet einen extraordinären Landtag zu berufen.

2) vom örtlichen Kreismarschall:

nach den Plenarsitzungen des Ritterschafts-Comité um den Eingeseffenen des Kreises eine möglichst genaue Relation über den Stand der Landesangelegenheiten vorzulegen. Findet sich bei dieser Gelegenheit Anlaß zu Anträgen an den Ritterschafts-Comité, so hat der örtliche Kreismarschall die von der Majorität des Kreises unterstützten oder auch sonst ihm beachtenswerth erscheinenden Anträge persönlich oder schriftlich bei dem Ritterschafts-Comité einzureichen.

§ 183.

Der örtliche Kreismarschall leitet die Kreis-Versammlungen und verfährt nach den für Convocationen allgemein geltenden analogen Grundsätzen, welche bezüglich der Art der Abstimmung, etwaiger Strafzahlungen u. s. w. auch für die Kreis-Versammlungen gelten.

VII. Hauptstück.

Von der Comité-Ordnung.

1. Von dem Personalbestande des Ritterschafts-Comité.

§ 184.

Der Ritterschafts-Comité besteht aus dem Landesbevollmächtigten, den drei residirenden, den zehn nichtresidirenden Kreismarschällen, dem Obereinnehmer und dem Ritterschafts-Secretairen. Einer der drei residirenden Kreismarschälle ist stellvertretender Landesbevollmächtigter und

wird auf einer, nach dem Schlusse eines jeden ordinären Landtages oder bei eintretender Vacanz, von dem Comité auszuschreibenden Convocation gewählt.

§ 185.

Zur Ritterschafts-Kanzlei gehört ein durch den Ritterschafts-Comité aus dem Indigenatsadel anzustellender Aktuar, der das Geschäft des Archivars führt und keinen zweiten gagirten Posten bekleiden darf. Die etwa erforderlichen Schreiber werden nach Maßgabe des Bedürfnisses von dem Comité angestellt oder gemiethet.

§ 186.

Die zum Amte des Landesbevollmächtigten und der residirenden Kreismarschälle Berufenen sind die auf sie gefallene Wahl anzunehmen verpflichtet, es sei denn, daß sie sich dieselbe rechtzeitig und zwar spätestens vor Absendung der Landtagsacten ersten Termins an die Kirchspiels-Bevollmächtigten verbeten haben. Die diesbezügliche Erklärung kann zu den Acten des Kirchspiels, von welchem der Vorschlag ausgegangen ist, oder im ersten Landtags-Termin, oder auch beim Ritterschafts-Comité abgegeben werden. Ist sie unterblieben, so muß der Gewählte das ihm übertragene Amt annehmen und dasselbe, falls er sofort wieder um Entlassung nachsucht, fortführen, bis er durch einen neu zu Wählenden ersetzt wird. Jeder besitzliche Indigenatsedelmann ist in dem Kreise, in welchem er ansäßig, verbunden die auf ihn entfallende Wahl zum nichtresidirenden Kreismarschall für ein Triennium anzunehmen und nur legale Gründe befreien ihn von dieser Verpflichtung.

§ 187.

Zur Uebertragung des Amtes des Landesbevollmächtigten, seines Stellvertreters, der Kreismarschälle, des Obereinnehmers, so wie des durch Wahl des Landes auf Lebenszeit zu ernennenden Ritterschafts-Secretairen gehört absolute Mehrheit der zur Zeit Stimmberechtigten. Ergiebt sie sich nicht bei dem ersten Wahlgange, so ist derselbe zu wiederholen.

§ 188.

Hat die Wahl nicht die erforderliche Mehrheit ergeben, so ist der bisher im Amte Befindliche zur Fortführung desselben bis zur Befetzung der eingetretenen Vacanz berechtigt und bezieht bis dahin die mit dem-

selben verbundenen Emolumente. Lehnt er dagegen die fernere Amtsführung ab, so hat der Ritterschafts-Comité selbst sich derselben zu unterziehen, oder sie irgend Jemandem aus seiner Mitte zu übertragen.

§ 189.

Scheidet irgend ein zur Repräsentation Gehöriger in der Zwischenzeit von einem ordinären Landtage zum andern durch Tod oder Verabschiedung aus, so ist zur Wiederbesetzung der erledigten Stelle nicht der nächstbevorstehende Landtag abzuwarten, sondern ist die erforderliche Wahl auf den zu diesem Zweck auszusprechenden Convocationen zu vollziehen. Das abgehende Mitglied des Comité muß sich noch so lange den Geschäften seines Amtes unterziehen, bis die neue Wahl vollzogen ist und der Comité ihn davon benachrichtigt hat.

§ 190.

Der Gewählte tritt in sein Amt, sobald ihm die auf ihn gefallene Wahl durch den Landbotenmarschall oder, wenn der Landtag nicht versammelt ist, durch den Ritterschafts-Comité angezeigt ist.

§ 191.

Die Kreismarschälle und der Ritterschafts-Actuar dürfen keine gegirten Nebenämter bekleiden.

§ 192.

Der jährliche Gehalt beträgt für: den Landesbevollmächtigten 6000 Rbl.; jeden residirenden Kreismarschall 2000 Rbl.; den Ober-einnehmer 1500 Rbl. und zwar 750 Rbl. aus der Ritterschafts- und 750 Rbl. aus der Landeskasse nebst einer Amtswohnung und Beheizung; den Ritterschafts-Secretair 2000 Rbl. nebst Wohnung und Beheizung; den Actuar 1000 Rbl. nebst einer Amtswohnung und Beheizung.

Anmerkung. Bei Delegationen und Geschäftsreisen nach den Residenzen des Reiches erhält der Landesbevollmächtigte 30 Rbl. und jeder andere Vertreter der Ritterschaft, wie auch der Ritterschafts-Secretair, 10 Rbl. täglicher Diäten, wobei etwaige extraordinäre Ausgaben nicht mit einbegriffen sind. — Bei Abdelegirungen nach anderen Orten werden die Auslagerechnungen liquidirt.

Die residirenden und nichtresidirenden Kreismarschälle erhalten für ihre officiellen Fahrten Meilengelder und Diäten. Diese betragen für die nichtresidirenden Kreismarschälle 1 Rbl. pro Meile und 5 Rbl. täglich. — Als Vorsitz der Wehrpflicht-Commissionen erhalten sie 140 Rbl. für jede Aushebung und als Vorsitz der Seelenrevisions-Commission erhalten sie 300 Rbl. — Die Ausgaben für anzumietende Kanzeleifräfte haben die nichtresidirenden Kreismarschälle alljährlich dem Ritterschafts-Comité namhaft zu machen und sich aus der Landeskasse er setzen zu lassen.

2. Von den Sitzungen des Ritterschafts-Comité.

§ 193.

Die Sitzungen des Ritterschafts-Comité werden nach Erforderniß der Geschäfte vom Landesbevollmächtigten oder dessen Stellvertreter anberaumt.

§ 194.

An diesen Sitzungen haben unter dem Präsidio des Landesbevollmächtigten oder dessen Stellvertreters sämtliche residirende Kreismarschälle und der Uebereinnehmer mit einem decisiven Votum Theil zu nehmen. Dasselbe können mit demselben Votum die nichtresidirenden Kreismarschälle thun. Der Ritterschafts-Secretaire hat ein votum consultativum.

§ 195.

Der Ritterschafts-Comité faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei Parität der Stimmen entscheidet diejenige Meinung, für die das Votum des Landesbevollmächtigten sich erklärt hat.

§ 196.

Bei wichtigen Veranlassungen werden die abwesenden Comité-Glieder zur Sitzung eingeladen. — Zweimal jährlich, etwa um den 1. Juni und 1. December haben die örtlichen Kreismarschälle sich einzufinden um 8 bis 14 Tage lang an den Comité-Sitzungen theil zu nehmen und durch Einsicht in die Acten des Ritterschafts-Comités sich möglichst genaue Kenntniß von dem Stande der Landesangelegenheiten zu verschaffen. — Es ist übrigens dem Ritterschafts-Comité unbenom-

men die örtlichen Kreismarschälle auch außer diesen regelmäßigen Plenarsitzungen in besonders dringender Veranlassung einzuberufen; auch darf der Comité die Termine zu den jedenfalls 2 mal jährlich abzuhaltenden Plenarsitzungen ausnahmsweise abändern. — Die Beschlussfassung in besonders wichtigen Angelegenheiten und namentlich über principielle Fragen von großer Tragweite verschiebt der Comité, in so weit solches thunlich, bis zu den Plenarsitzungen.

§ 197.

Ist der Landesbevollmächtigte abwesend, so tritt der stellvertretende Landesbevollmächtigte in seine Stelle. In wichtigen Fällen wird der Landesbevollmächtigte indessen sogleich einberufen. Bei minder wichtigen, die einen Aufenthalt gestatten, wird seine Meinung eingeholt und zum Protocoll genommen. — Sind solche minder wichtige Sachen nicht aufzuhalten, so werden sie ohne Verzug abgemacht, und wird der Landesbevollmächtigte nur davon benachrichtigt.

§ 198.

Das Journal der Sitzungen muß von allen anwesend gewesenen Comité-Gliedern unterschrieben und vom Ritterschafts-Secretairen contrasignirt werden.

3. Von dem Geschäftskreise des Ritterschafts-Comités und der einzelnen Glieder desselben.

§ 199.

Das gesetzliche Verhältniß des Ritterschafts-Comités zur gesammten Ritter- und Landschaft ist im Allgemeinen das eines Bevollmächtigten zum Vollmachtsgeber und ist in allen Fällen, wo keine besonderen Bestimmungen dieses Verhältniß näher begründen, nach diesem allgemeinen Gesichtspunkt zu beurtheilen.

Der Geschäftskreis des Ritterschafts-Comité bestimmt sich im Wesentlichen nach der auf dem jedesmaligen Landtage ihm übergebenen Instruction und Landtagsbeschlüsse.

§ 200.

Eine Abweichung von der Instruction und dem Landtagsbeschlüsse kann nur durch veränderte Umstände, die den Gegenstand entweder

ohnehin erlebigen, oder beim Verfolge des vom Landtage ertheilten Auftrags nachtheilige Folgen für die Ritter- und Landschaft hervorrufen würden, begründet werden. In einem solchen Falle hat der Comité die Gründe seines Verfahrens entweder sogleich der Ritter- und Landschaft zur nochmaligen Berathung vorzutragen, oder auch auf seine Verantwortung selbstständig zu handeln und seine Gründe dem nächsten Landtage auseinanderzusetzen.

§ 201.

Der Ritterschafts-Comité ist nicht berechtigt, die Abänderung eines auf dem Landtage gefaßten Beschlusses vor dem nächsten Landtage beim Lande zu beantragen, falls sich nicht eine außerordentliche Veranlassung dazu ergibt.

§ 202.

Für den Fall, daß zwischen dem Relations- und dem Instructions-Termine des Landtags neue Materien zum Vortrage kommen, und zwar dadurch, daß a) selbige auf Allerhöchsten und höhern Befehl, Anordnung, oder Anfrage veranlaßt worden; oder b) Materien zur Sprache gebracht werden, die nicht Gegenstand der landtäglichen Verhandlungen sein konnten, und auf welche daher denn auch keine Deliberationspunkte gerichtet waren; oder c) wenn die Materien zwar auf dem Landtage in Verhandlung gestellt, nach geschlossenem ersten Landtags-Termine aber durch äußere hinzugekommene Veranlassungen derartige Umstände eingetreten waren, daß der Gegenstand sich geändert oder in ein ganz anderes Licht gestellt hat: so hat der Ritterschafts-Comité diese neuen Verhandlungsgegenstände, wenn die Landtagsacten noch nicht expedirt waren, denselben anzufügen. Sind die Landtagsacten aber schon abgefertigt, so hat der Comité diese neuen Materien direct an die Kirchspiels-Bevollmächtigten mit dem Auftrage zu übersenden, sie auf der Landtags-Convocation in Vortrag zu bringen.

§ 203.

Ein jedes Mitglied des Ritterschafts-Comité hat die Verpflichtung, zur Vorbeugung oder Abhülfe allgemeiner Anordnungen, die dem Adels-corps nachtheilig sind oder die Rechte und das Interesse der Ritterschaft beeinträchtigen, wenn selbige auch nicht auf den Landtagen Gegenstand der Verhandlungen geworden sind, die nöthigen Anträge zu machen und den Comité zeitig von den obwaltenden Verhältnissen in Kenntniß zu setzen.

§ 204.

Die Vertretung einzelner Mitglieder der Ritterschaft kann nur dann Gegenstand der Wirksamkeit des Comité sein, wenn die dem Einzelnen widerfahrne Beeinträchtigung seiner Rechte, im Principe die Adelsrechte überhaupt gefährdet.

§ 205.

In Bezug auf An- und Aufträge, die einen Plan zur Abänderung der Allerhöchst bestätigten besondern Kurländischen Provinzialverfassung (wie z. B. hinsichtlich der Gerichtsverfassung etc.) enthalten, hat der Comité, falls hierbei obrigkeitlich ein Aufschub gestattet wird, eine definitive Erklärung abzulehnen und nur nach vorangegangener Mittheilung an das Land, darüber Beschlüsse zu fassen. (cf. § 182, 1, c.)

§ 206.

Der Landesbevollmächtigte ist der Chef der Adels-Repräsentation. Seine Rechte und Pflichten hängen sowol von dem Willen seiner Committenten, als von den Landes- und Reichsgesetzen über das Verhältniß eines Adelsmarschalls zum Staate ab. Er dirigirt die Geschäfte des Ritterschafts-Comité, eröffnet alle an denselben gerichteten Schreiben und Berichte, unterzeichnet alle Ausfertigungen. Er hat sich besonders dahin zu bemühen, daß alle auf das ganze Land oder auch nur auf einen Kreis Beziehung habenden obrigkeitlichen Befehle vor dem Erlassen derselben zur Kenntniß des Comité gelangen.

§ 207.

Der zum Präsidenten einer ritterschaftlichen oder ritter- und land-schaftlichen Commission abdelegirte Kreismarschall hat in derselben ein Stimmrecht und bei Parität der Stimmen die entscheidende Stimme.

§ 208.

Die nichtresidirenden Kreismarschälle des Kreises, in welchem der Sitz des Oberhauptmannsgerichtes ist, dirigiren die Verhandlungen der Oberhauptmannschafts-Versammlungen. — Die nichtresidirenden Kreis-marschälle sind Vorsitz der Kreisversammlungen, der Kreiswehrpflichts-Commissionen und aller in den Kreisen stattfindenden Commissionen. Sie haben das Recht und die Verpflichtung in Fällen, wo ihr Kreis oder ein Theil desselben einer besondern Berücksichtigung bedarf, dem

Comité deshalb Vorstellung zu machen. Sie correspondiren mit dem Comité in Form von Communicaten, sorgen für die Erfüllung der vom Comité an sie gerichteten Requisitionen, und haben ein Archiv zu halten.

Die örtlichen Kreismarschälle haben das Recht den Sitzungen des Ritterschafts-Comités mit einem *votum decisivum* beizuwohnen und die Verpflichtung zu den Plenarversammlungen sich einzufinden. — Der Ritterschafts-Comité ist berechtigt die örtlichen Kreismarschälle als Vertreter beurlaubter oder durch Krankheit an ihrer Amtswahrnehmung verhinderter residirender Kreismarschälle einzuberufen. — Die örtlichen Kreismarschälle erhalten bei Amtsgeschäften Meilengelder und 5 Rbl. täglicher Diäten und sind ermächtigt die ihnen durch Anmietung von Kanzelleistkräften geursachten Ausgaben alljährlich dem Ritterschafts-Comité namhaft zu machen und sich dieselben aus der allgemeinen Landescaffe ersetzen zu lassen.

§ 209.

Dem Obereinnehmer ist unter Mitwirkung eines vom Comité zu designirenden cassaführenden Kreismarschalls das Finanzfach der Ritter- und Landschaft übertragen. Er hat den Vortrag in allen Angelegenheiten, welche Einfluß auf die Finanzen der Ritter- und Landschaft haben. — Ihm liegt die Inspection der Chaufseeremonte ob und er hat vor seinem Eintritt in das Amt eine Kaution von 5000 Rbl. zu bestellen.

§ 210.

Die anzufertigenden Willigungsrepartitionen hat der Obereinnehmer der Prüfung des Comité vorzutragen. Er hat Sorge dafür zu tragen, daß alle Zahlungen zur bestimmten Zeit erfolgen und ist deshalb verpflichtet, sobald Zahlungen unterbleiben, sofort wegen der erforderlichen gesetzlichen Maßregel gegen die Säumigen dem Comité Vortrag zu machen.

§ 211.

Die Ritterschafts-Kentei führt zwei getrennte Kassen:

- 1) die ritterschaftliche Kasse, welche das Einkommen aus dem unbeweglichen und beweglichen Vermögen der Ritterschaft aufnimmt und aus welcher den näheren Bestimmungen des Ritterschafts-Comité gemäß die in ausschließlich ritterschaftlichem Interesse zu machenden Zahlungen geleistet werden, wohin gehören alle

unter Obhut der Ritterschaft gestellten Stiftungszahlungen, die Verwaltungskosten der Ritterschaftsgüter und der Gagenetat der Landesrepräsentation;

- 2) die Landeskasse, welche die von den Rittergütern zu entrichtenden Landeswilligungen und Hakenbeiträge, diverse Strafzahlungen u. s. w. aufzunehmen und alle für allgemeine Landes Zwecke erforderlichen budgetmäßigen Ausgaben, mit Ausnahme des Etats der Landes-Repräsentation, zu leisten hat.

§ 212.

Die Führung der Contobücher in der Ritterschafts-Kasse soll soviel als möglich in der Reihenfolge der erteilten Instruction bewerkstelligt und in jeder ihrer Rubriken, besonders wenn diese in ihrem Titel mehrere Gegenstände zusammenfassen, jeder einzelne unter diesem Titel enthaltene Gegenstand separat aufgeführt werden, damit die Abschlüsse sich einfach ohne Hinüberwerfen auf den Activ- und Passiv-Etat herausstellen. Es soll ein Schnurbuch geführt werden, in welchem sämtliche Deposita verzeichnet und über deren Rückempfang quittirt wird.

§ 213.

Sowol die ritterschaftlichen Kapitalien, wie auch die der Landeskasse sollen nicht allein in kurischen Pfandbriefen, sondern auch in Sparkassenscheinen des Credit-Vereins und in Metalliques nach Maßgabe der für Anlegung aus dem Erlöse der verkauften Majoratsgüter geltenden Regeln placirt werden.

§ 214.

In jedem Monate hat der Landesbevollmächtigte mit den übrigen Comitégliedern die Ritterschafts-Kasse, die Kassa- und Renteibücher nach dem am Ersten jeden Monats vom Obereinnehmer dem Comité zu übergebenden Kassaverschlage zu revidiren.

§ 215.

Der Ritterschafts-Secretaire hat die Leitung der Kanzleigeschäfte, er hat das Journal zu führen, alle Ausfertigungen zu verfassen u. —

Assignationen auf die Ritterschafts-Kasse muß er gleich allen übrigen Ausfertigungen contrasigniren.

§ 216.

Der Aktuar vertritt, wenn der Comité im einzelnen Falle keine andere Bestimmung trifft, den Obereinnehmer und den Secretair in deren Abwesenheit und ist ihnen sonst bei ihrer Amtsführung behülflich. — Er hat für das Notuliren, Registriren, die Aufbewahrung der Acten und für die Ordnung des Archivs zu sorgen.

§ 217.

Die Functionen der Kreismarschälle in der Commission in Sachen der Kurländischen Bauerverordnung, sind durch die bezüglichlichen obrigkeitlichen Verordnungen normirt. Da es indessen wünschenswerth ist, die Landes-Repräsentation immer mehr in directe Wechselwirkung zu dieser Commission zu bringen, so ist folgendes zu beobachten:

- 1) die betreffenden Kreismarschälle haben jeden in der Commission zur Berathung kommenden Gegenstand immer zuvor, ehe ein Beschluß gefaßt wird, ad referendum zu nehmen, dem Comité zur Kenntniß zu bringen, und nur nach dem Beschlusse und der Instruction des Comité ihre Stimme in der Commission abzugeben. Ueber das Resultat der Abstimmung in der Commission und über die darauf erfolgte Ausfertigung haben sie jedesmal dem Comité zu referiren;
- 2) einer dieser Kreismarschälle hat dem jedesmaligen Landtag über die Wirksamkeit der Commission in Sachen der Kurländischen Bauerverordnung während des verflossenen Trienniums bei Anschluß der ergangenen Beschlüsse einen Bericht abzustatten.

§ 218.

Hinsichtlich der Theilnahme, der Landes-Repräsentation an der Prästandenverwaltung, den Wehrpflichts-Commissionen den Seelenrevisionen, der Verwaltung der Richterwidmen &c. — sind die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften, so wie etwaige von der Ritter- und Landschaft ertheilten Instructionen maßgebend.

4. Von der Genealogen-Commission.

§ 219.

Die Genealogen-Commission besteht aus drei von einem ordinären Landtage zum andern zu wählenden Commissarien, denen es gestattet ist sich wo erforderlich durch Cooptation zu verstärken. Ihre Thätigkeit hat sich auf den bereits existenten Theil der genealogischen Tabellen zu beschränken, wobei etwaige Abänderungen in denselben nur auf Grund von Verfügungen des Ritterschafts-Comités zu geschehen haben. — Die Fortführung der Tabellen wird durch Kanzleikräfte besorgt unter direkter Aufsicht eines vom Ritterschafts-Comité zu bestimmenden Gliedes, entweder desselben oder der Genealogen-Commission, wenn Wohnort und Beschäftigung ihm diese fortgesetzte Controle ermöglichen. — Die Genealogen-Commission hat dem I. Termin jedes ordinären Landtages über ihre Arbeiten in dem verflossenen Triennio zu berichten.

Anmerkung. Die Instruction zur Führung der genealogischen Tabellen ist als Beilage B oder Landschafts-Ordnung angefügt.

5. Von der Vollziehung der Richterwahlen.

§ 220.

Bei den an bestimmten Fristen gebundenen obrigkeitlich veranlaßten Wahlaus schreiben hat der Comité auf die genaue Erfüllung der Bestimmungen in Betreff der Termine, Stimmen und Vollmachten zu wachen und etwaige hinsichtlich der letztern in den Kirchspielen entstandenen Differenzen zu entscheiden. — Wahlen zu Richterstellen müssen innerhalb 3 Monate a dato der Regierungs-Requisition und an einem Tage vollzogen werden.

221.

Wenn Wahlprotocolle nicht zum Termine eingesandt werden, und sobald das Wahleresultat noch möglicherweise durch die Stimmen des betreffenden Kirchspiels eine Abänderung erleiden kann, so hat der Comité das Kirchspiel nicht eher zu präcludiren, als bis er sich, mittelst auf Kosten des Schuldigen abzusendender Stafette an den Kirchspiels-Bevollmächtigten, aus dessen eingegangener Erklärung von der wirklich geschehenen Verabsäumung überzeugt hat.

§ 222.

Nach Eingang sämtlicher Wahlprotocolle hat der Ritterschafts-Comité einem residirenden Kreismarschall die genaue Prüfung derselben zu übertragen und von demselben einen detaillirten Bericht über die von ihm etwa vorgefundenen Regelwidrigkeiten zur weitem Verfügung entgegenzunehmen.

§ 223.

Die von dem Ritterschafts-Comité an die Kirchspiele zu versenden- den Candidatenlisten zu den Richterämtern müssen 2 Rubriken enthalten, in welchem die examinirten und nichtexaminirten Candidaten gesondert aufgeführt werden. — Auf die Liste der Candidaten zu den Posten der Oberhauptmannsgerichts-Assessore sollen nur durch Examen bei einer Reichsuniversität oder bei dem kurländischen Oberhofgericht als juristisch qualificirte Personen gesetzt werden. — Die Wahlen bei eingetretenen kreisgerichtlichen Vacanzen werden auf unmittelbar auszuschreibenden Kreisversammlungen ohne vorgängige Candidaten-Denomination vorgenommen.

§ 224.

Die Wahlprotocolle sollen im ritterschaftlichen Archive nur von einem Landtage bis zum andern aufbewahrt und die übrigen vernichtet werden.

6. Von der Verwaltung der Ritterschafts-Güter.

§ 225.

Als ein besonderer Geschäftszweig des Comité liegt ihm die obere Leitung und Beaufsichtigung der Deconomie der Ritterschafts-Güter ob. Er hat dabei das Interesse der Ritterschaft hinsichtlich ihres Grundvermögens wahrzunehmen und sich nach etwanigen von der Ritterschaft ertheilten Instructionen zu richten. — Die Ritterschafts-Güter sind, bisherigem Gebrauch entsprechend, nur an kurländische Indigenatsedelleute zu verpachten und zu jeder Vergebung derselben in Pacht ist die Bewilligung des Ritterschafts-Comités vorzubehalten. — Das Recht der Annahme oder Zurückweisung der Angebote bleibt dem Ritterschafts-Comité ohne Rücksicht auf den erfolgten Meistbot vorbehalten.

§ 226.

Der Ritterschafts-Comité stellt für die Ritterschafts-Güter einen Deconomie-Director, ohne Rücksicht auf den Stand, auf kündigbaren Kontrakt an. — Dieser hat die Verwaltung der Ritterschafts-Güter nach einer vom Ritterschafts-Comité ihm zu ertheilenden Instruction zu leiten.

Anmerkung. Dem Deconomie-Director ist als Salair die Nutzung des Hofes Friedrichsberg und 600 Rbl. jährlich angewiesen.

§ 227.

Als Ritterschafts-Förster soll nur ein der Forstwirthschaft Kundiger angestellt werden, wobei festzuhalten ist, daß eine halbjährige Kündigung als Contractbedingung zu stellen ist.

Verzeichniß

der milden Stiftungen, die in gewissen Beziehungen zu der Ritterschaft stehen, und deren Verwaltung theilweise ganz, theilweise unter gewissen Voraussetzungen von dem Landtage oder von dem Ritterschafts-Comité zu controliren ist.

- a) Die kurländische ritterschaftliche Unterstützungs-Casse für Wittwen und Waisen.

Die Ritterschaft hat durch Landtagsbeschluß 1875 § 16 die Donation des gesammten Vermögens derselben auf Basis der von ihr anerkannten und genehmigten Statuten, unter Vorbehalt gewisser, seitdem durchgeführter Modificationen, angenommen.

- b) Nikolai-Stiftung.
c) Etatsrätthin Charlotte von Hahnsche Stiftung.
d) Ferdinand von Korffsche Stiftung.
e) St. Katharinen-Fräulein-Stift.
f) Gustav von Aschebergsche Stiftung.
g) Kreisrichter Theodor von Hahnsche Stiftung.
h) Constantia von Hahnsche Stiftung.
i) von Grotthußsche Wilhelminen-Stift.
k) von Firkssche Familien-Stiftung.
l) Gebrüder von Offenbergsche Familien-Stiftung.
m) von Könnesche Familien-Stiftung.
n) Josephine von Albedylsche Stiftung.
o) Fedor von Haarensche Stiftung.
p) Megidius Sokolowiczsche Stiftung.
q) von Hahn-Grainbergsche Stiftung.
r) v. Hahn'sche Fräulein-Stiftung.
s) E. Sadowskysche Stiftung.
t) Diaconissen-Stiftung.
u) Feldmarschall G. R. von Liebensche Stiftung.
v) Baron E. v. d. Recksche Gymnasial. Stipendien-Stiftung.
w) von Schillingsche Stiftung.
x) Fedor von Wittenheimsche Stiftung.
y) Baronesse Mathilde von Grotthußsche Stiftung.

Instruction

für die Führung der genealogischen Tabellen:

- 1) Alle 3 Jahre werden die Familien-Nachrichten nach einem vom Ritterschafts-Comité mit der Genealogen-Commission vereinbarten Schema durch den Kirchspielsbevollmächtigten eingezogen.

NB. In diesem Schema wird es nützlich sein, daß außer den obigen Angaben auch in einer Rubrik bezeichnet wird, von dem Prediger welchen Ortes der kirchliche Akt vollzogen worden, wodurch für eine spätere Beschaffung etwa nöthiger Zeugnisse aus dem Kirchenbuche der Nachweis reservirt wird.

- 2) Die ihm zugesandten Schemata vertheilt der Kirchspielsbevollmächtigte unter die Edelleute seines Kirchspiels, sammelt dieselben nach ihrer Ausfüllung ein, versieht dieselben zum Zeichen, daß ihm keine Abweichungen, welche der Eintragung dieser Daten im Wege stehen, bekannt sind, mit seiner Unterschrift und übersendet sie dem Ritterschafts-Comité.
- 3) Die eingegangenen Auskünfte werden nach Familien geordnet und mit Hinweis auf diese Nachrichten die Daten zusammengestellt, wie sie zur Eintragung in die genealogischen Tabellen bestimmt sind, unter Angabe, zu welcher Person, auf welcher Tafel dieselben gehören.

j. B. Familie N. N.

ad Tabelle B. Otto Friedrich † 1876, 1. Januar.

vide fol. . . . der Auskünfte.

Ernst

Johann, geb. 1876, 3. November.

vide fol. 5.

- 4) Diese Zusammenstellung wird in Reinschrift in die Tabelle eingetragen mit Hinweis auf das Folium der Familien-Acte, zu welcher diese Zusammenstellung nebst Beilagen gelegt worden.

- 5) Hiermit hört jede directe Eintragung in die genealogischen Tabellen seitens der Genealogen-Commission auf. Zeitgenössische Erlebnisse, die sie zur Ergänzung einzutragen nöthig findet und für deren Zuverlässigkeit sie mit ihrer Unterschrift einsteht, sind zu den Belegblättern der anzufertigenden Zusammenstellung zu nehmen.
- 6) Der Ritterschafts-Comité hat Ein kurländisches Consistorium zu ersuchen, ob es nicht für möglich findet, die Herren Prediger zu beauftragen, einen jährlichen Auszug aus den Kirchenbüchern über die Geburten, Traungen und Todesfälle von Gliedern des kurländischen Indigenats-Adels dem Ritterschafts-Comité zuzustellen.
- 7) Diese Auszüge würden zur Controlle der Richtigkeit und Vollständigkeit der durch die Kirchspielsbevollmächtigten eingezogenen Auskünfte dienen. Auf denselben wäre zu notiren, zu welchem Blatt der angefertigten Zusammenstellung der betreffende Eintrag des Kirchenbuches gehört, und wiederum auf dem Blatte der Hinweis auf diese Auszüge zu notiren.
- 8) In Betreff etwa sich ergebender Unvollständigkeiten ist mit dem Kirchspielsbevollmächtigten oder den betreffenden Personen in Correspondenz zu treten.
- 9) Für die außerhalb der Provinz lebenden Glieder des Indigenats-Adels können die Eintragungen von Traungen und Geburten nur auf Grund von Consistorial-Zeugnissen erfolgen oder muß die Filiation durch Auszüge aus Geschlechtsregistern der Adels-Deputirten-Versammlungen erwiesen werden.
- 10) Bei Receptionen in die Matrikel sind die Auskünfte über Familie und Wappen einzuziehen; in die Geschlechtsbücher jedoch die Ahnen und Seitenlinien der recipirten Personen nicht aufzunehmen.
- 11) Die Data der Standeserhöhungen werden in die Matrikel nur eingetragen, wenn die Original-Documente beim Ritterschafts-Comité producirt worden, cf. Prov.-Cod., Bd. II. Art. 30 und Citate. Swod, Bd. IX. Beil. zu Art. 56, Anmerk. 2; — Anmerk. zu Pft. 3 und 4. Landtagschluß 1845, § 65, Pft. 4.

Conferenzordnung.

§ 1.

Die Ritterschafts-Repräsentation hat bei wichtigen Fragen, ehe sie eine allgemeine Conferenz ausschreibt, das Land von dem Gegenstande in Kenntniß zu setzen.

§ 2.

Auf der allgemeinen Conferenz ist jeder einzelne Stimmberechtigte persönlich oder in Vollmacht zu erscheinen verpflichtet, und übt so viel eigene Stimmen aus, als er nach den in Kraft bestehenden Bestimmungen der Landtags-Ordnung auf Kirchspiels-Versammlungen auszuüben berechtigt ist.

§ 3.

Für die Vertretung in Vollmacht, für die Voraussetzungen, unter denen dieselbe übertragen und ausgeübt werden darf, gelten die im I. Hauptstück VII. Abschnitt der Landtags-Ordnung enthaltenen Bestimmungen.

§ 4.

Pönzahlungen treffen, und zwar:

- 1) im Betrage von 36 Rubel für jede einzelne Stimme denjenigen, welcher ohne Nachweis gesetzlicher Entschuldigungsgründe, weder persönlich noch in Vollmacht erscheint; — bleibt eine so große Zahl zum Erscheinen Verpflichteter aus, daß dadurch die Versammlung beschlußunfähig wird, so hat jeder Einzelne der Ausbleibenden eine Pön von 100 Rubel zu zahlen;
- 2) dasselbe tritt ein, wenn die Versammlung dadurch beschlußunfähig wird, daß die Erschienenen dieselbe wieder verlassen, ohne für ihre Vertretung zu sorgen;

- 3) im Betrage von 5 Rubel für jeden Tag denjenigen, welcher in gleicher Weise sich zur Conferenz später als an dem zur Eröffnung derselben anberaumten Tage einfindet, sowie
- 4) im gesetzlichen Betrage von 12 Rubel denjenigen, welcher die Conferenz vor Schluß derselben ohne Angabe gesetzlich anzuerkennender Gründe verläßt.

§ 5.

Beschlußfähig wird die Versammlung durch den Zusammentritt der Inhaber der absoluten Majorität sämtlicher Stimmen.

§ 6.

Die Abwesenden sind an die von den Anwesenden gefaßten Beschlüsse gebunden.

§ 7.

Die Conferenz hat sich zunächst nur mit demjenigen Gegenstande, um dessentwillen sie einberufen ist, zu beschäftigen. Mit Zulaß der Majorität kann sie jedoch zu anderweitiger Berathung und Beschlußnahme übergehen.

§ 8.

Am dem zur Eröffnung der Conferenz bestimmten Tage versammeln sich die Stimmhaber unter dem Vorsitze des Herrn Landesbevollmächtigten im Ritterhause, woselbst die Legitimation der Erschienenen erfolgt.

§ 9.

Am zweiten Tage werden nach abgehaltenem Gottesdienste, zu welchem sich die Erschienenen unter Vortritt des Landesbevollmächtigten vom Ritterhause aus in der St. Trinitatis-Kirche versammeln, — der Conferenzdirector und dessen Stellvertreter mittelst Stimmzettel, welche in der im § 12 angegebenen Weise abzufassen und von dem Landesbevollmächtigten entgegenzunehmen sind, — auf dem Ritterhause aus dem Plenum der Versammlung gewählt.

§ 10.

Zur Wahl des Conferenzdirectors wie seines Stellvertreters gehört absolute Mehrheit der repräsentirten Stimmen. Ergiebt sie sich nicht

bei dem ersten Wahlgange, so ist er zu wiederholen, und sind bei demselben nur die Beiden, welche die meisten Stimmen für sich gehabt haben, zur Wahl zu stellen.

§ 11.

Nach vollzogener und bekannt gemachter Wahl des Conferenz-directors und seines Stellvertreters überläßt der Landesbevollmächtigte den von ihm bisher geführten Vorsitz dem Erstgenannten.

§ 12.

Der Conferenzdirector erklärt, nachdem er den Vorsitz eingenommen, die Conferenz für eröffnet, veranlaßt die vorbehaltene Beschlußnahme über die Zulassung oder Zurückweisung derjenigen, über deren Legitimation Zweifel angeregt waren, zeigt die Eröffnung der Conferenz in herkömmlicher Weise dem Herrn Gouverneuren, Vice-Gouverneuren und den ältern Herren Brüdern an, und fordert den Herrn Landesbevollmächtigten zur Abstattung seiner Relation auf. Die ältern Herren Brüdern und der Ritterschafts-Comité werden gleichzeitig ersucht, den Sitzungen der Conferenz beizuwohnen, und nehmen jene nebst den etwanigen Gästen die Plätze auf der ersten Reihe Stühle vor dem Directoraltische rechts, und die Comitéglieder links vor demselben ein.

§ 13.

Der Conferenzdirector fordert die Erschienenen zur Wahl der, aus je fünf Gliedern für die vorbereitende Bearbeitung jedes einzelnen Hauptgegenstandes zusammenzusetzenden Commissionen auf. Vollzogen wird die Wahl, indem jeder Einzelne den Namen der von ihm in Vorschlag gebrachten 5 Personen auf einen Zettel schreibt, denselben mit seiner Namensunterschrift versieht, die Zahl der von ihm ausgeübten Stimmen auf demselben bemerkt und ihn alsdann dem Präses behändigt. Die Personen, welche die meisten und wenigstens die absolute Mehrheit der abzugebenden Stimmen für sich gehabt haben, werden von dem Conferenzdirector der Versammlung als deren erwählte Commissionsglieder namhaft gemacht.

Desgleichen fordert der Conferenzdirector die Erschienenen auf, die Vorschläge und Anträge, welche sie in Bezug auf den Gegenstand, um dessentwillen die Conferenz einberufen ist, einzubringen gedenken, unter

Nachweis der Unterstützung, deren jeder einzelne Antrag zc. nach § 16 bedarf, der inzwischen bereits gewählten Commission ohne Verzug schriftlich mitzutheilen.

§ 14.

Für den Gang der Verhandlungen und die Leitung derselben im Plenum der Versammlung, sowie hinsichtlich der Befugnisse des Conferenzdirectors und der übrigen zu der Conferenz Erschienenen sind die im § 91, 100, 101, 144—156 sowie in die § 67 und 167 der Landtagsordnung enthaltenen Bestimmungen maßgebend.

§ 15.

In dem Plenum der Versammlung kommt kein Gegenstand, und kein Antrag zur Berathung und Beschlußnahme, ehe er von der betreffenden Commission berathen, begutachtet und von dem dazu erwählten Referenten derselben der Versammlung vorgetragen wurde. — In allen Fällen, wo zur Behandlung und Beprüfung eines der Conferenz vorzulegenden Gegenstandes schon eine von der Ritterschaft oder deren Repräsentation eingesetzte und aus Gliedern der Ritterschaft bestehende Commission, Vorlagen für die Conferenz ausgearbeitet hat, soll der Herr Conferenzdirector der Conferenz die Frage vorlegen, ob zur Beprüfung dieser Vorlage eine besondere Commission eingesetzt, oder die schon früher eingesetzte, welche die Vorlage ausarbeitete, als Commission der Conferenz ad hoc angesehen werden solle.

§ 16.

Jeder neu einzubringende Vorschlag oder Antrag, er möge ein selbstständiger odr Zusatzantrag (Amendement) sein, ist auf den Namen desjenigen, von dem er ausgegangen ist, zu stellen, beim Conferenzdirector schriftlich einzureichen und von demselben, wenn der Antrag von fünfzehn Anwesenden unterstützt wird, und sie ihre Unterstützung durch Mitunterzeichnung desselben ausgesprochen haben, der Versammlung zu ihrer Kenntnißnahme zunächst vorzulesen und alsdann der Commission zu überweisen. Hat er, wenn auch nicht gerade von fünfzehn, so doch von mehreren Personen Unterstützung gefunden, so kann er zur Verlesung und weitem Verhandlung nur gelangen, wenn bei seiner Anmeldung durch den Conferenzdirector die noch fehlende, zur Unterstützung erforderliche Zahl Personen sich zu derselben bereit erklärt. Eine In-

digenatsertheilung kann als bei der Conferenz in Vorschlag gebracht nur dann angesehen werden, wenn dieselbe durch namentliche persönliche Beantragung von Seiten der Inhaber der Mehrheit der auf der Conferenz vertretenen einzelnen Stimmen bei dem Conferenzdirector proponirt worden ist.

§ 17.

Die Commission hat den ihr zur Bearbeitung überwiesenen Stoff zu sichten, die Annahme oder Verwerfung der einzelnen Anträge und Vorschläge zu empfehlen, die Gründe für diese Empfehlung in einem Gutachten darzulegen, welches in größtmöglicher Kürze schriftlich abgefaßt, mit den Anträgen, auf welche es sich bezieht, von dem Referenten der Commission im Plenum der Versammlung verlesen wird. Die ausführliche Beleuchtung und Motivirung des Gutachtens zc. bewerkstelligt der Referent mündlich.

§ 18.

Anträge und Vorschläge, welche im Wesentlichen dasselbe bezwecken, und nur in ihrer Fassung oder in Nebensächlichem von einander abweichen, oder auch bei wesentlicher Verschiedenheit dennoch zur Erledigung desselben Gegenstandes eingebracht sind, werden von der Commission, je nach ihrer Beurtheilung der Zweckmäßigkeit, unter ein und dasselbe Gutachten zusammengefaßt, oder auch von einander gesondert behandelt.

§ 19.

Bei Darlegung der den einzelnen Anträgen zu Grunde liegenden, leitenden Gedanken ist auf die von den Antragstellern etwa gegebene Motivirung Rücksicht zu nehmen und dieselbe in ihren Hauptzügen der Versammlung vorzuführen, ohne daß die Commission verpflichtet wäre, diese Motivirung in extenso aufzunehmen. Letzteres kann der Antragsteller selbst, oder wer es sonst wünscht bei Gelegenheit der diesbezüglichen Verathung thun.

§ 20.

Neben dem Majoritäts-Gutachten ist auch das etwaige Minoritäts-Gutachten der Commission in Vortrag zu bringen.

§ 21.

Die Arbeiten der Commissionen werden vor ihrem Vortrage, soweit thunlich, durch den Druck vervielfältigt, um unter die Anwesenden zu je einem Exemplare vertheilt zu werden.

§ 22.

Den Commissionen wohnt ein Glied des Ritterschafts-Comité bei, mit denselben Rechten, die ihm nach § 134 der Landtagsordnung zustehen.

§ 23.

Die Abstimmung erfolgt durch Aufstehen und Sitzenbleiben, oder, wenn nöthig, durch namentlichen Aufruf.

§ 24.

Die zu der Conferenz Versammelten erscheinen in bürgerlicher Tracht.

§ 25.

Die Anzeige des Schlusses der Conferenz erfolgt in derselben Weise wie bei der Eröffnung.

Nachweis der der Landtags-Ordnung zu Grunde gelegten Quellen.

Landtags- Ordnung 1881.	Quelle.	Landtags- Ordnung 1881.	Quelle.
§ 1. L.-D. 1863, § 1.		§ 14. L.-D. 1863, § 15 u. 16.	
Gf.-Sch. 1870 § 1. I. B. 2 u. II.		§ 15. L.-D. 1863, § 17.	
L.-Sch. 1879 § 27.		§ 16. L.-D. 1863, § 18.	
§ 2. L.-D. 1863 § 2.		L.-Sch. 1875, § 21.	
Gf.-Sch. 1870 § 1. I. B. 5.		§ 17. L.-D. 1863, § 19.	
§ 3. L.-D. 1863 § 3.		§ 18. L.-D. 1863, § 20.	
Gf.-Sch. 1870 § 1. I. B. 2.		§ 19. G.-Sch. 1870, I. B. 1.	
L.-G. 1879 § 27.		§ 20. L.-D. 1863, § 24 u.	
§ 4. L.-D. 1863 § 4.		G.-Sch. 1870, I. B. 1 u. 4.	
Gf.-Sch. 1870 § 1. I. B. 2 u. II.		§ 21. L.-D. 1863, § 29 u.	
§ 5. L.-D. 1863 § 6.		G.-Sch. 1870, I. B. 4.	
Gf.-Sch. 1870, II. u. I. B. 2.		§ 22. L.-Sch. 1872, § 9.	
Allerh. best. Dstf. G.-Beschl.		§ 23. L.-D. 1863, § 30.	
27. Mai 70.		§ 24. L.-D. 1863, § 31.	
L.-Sch. 1879 Motive zum Delib.		§ 25. L.-D. 1863, § 32.	
37 L.-Act. 18 ⁷⁸ /79.		§ 26. L.-D. 1863, § 33.	
§ 6. L.-D. 1863 § 7.		§ 27. L.-D. 1863, § 34.	
Gf.-Sch. 1870.		§ 28. L.-D. 1863, § 35.	
Dstf. G.-Beschl. 27. Mai 1870.		§ 29. L.-D. 1863, § 36.	
§ 7. L.-D. 1863, § 8.		§ 30. L.-D. 1863, § 37.	
§ 8. L.-D. 1863, § 9.		§ 31. L.-D. 1863, § 37.	
§ 9. L.-D. 1863, § 10.		G.-Sch. 1870, § 1, I. A. u. § 2.	
§ 10. L.-D. 1863, § 11.		§ 32. L.-D. 1863, § 37.	
§ 11. L.-D. 1863, § 12.		L.-Sch. 1879, § 24.	
§ 12. L.-D. 1863, § 13.		§ 33. L.-D. 1863, 38.	
§ 13. L.-D. 1863, § 14.		§ 34. Ununterbrochene Gewohnheit.	

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 35. L.-D. 1863, § 39.
 § 36. L.-D. 1863, § 40.
 § 37. L.-D. 1863, § 41.
 Ununterbrochene Gewohnheit.
 § 38. L.-D. 1863, § 42.
 C.-Sch. 1870, § 2.
 § 39. L.-D. 1863, § 43.
 C.-Sch. 1865, § 25, p. 3 u. 9.
 § 40. L.-D. 1863, § 44.
 § 41. L.-D. 1863, § 45.
 § 42. L.-D. 1863, § 46.
 § 43. L.-D. 1863, § 47.
 § 44. L.-D. 1863, § 48.
 § 45. L.-D. 1863, § 49.
 § 46. L.-D. 1863, § 50.
 § 47. L.-D. 1863, § 51.
 § 48. L.-D. 1863, § 52.
 § 49. L.-D. 1863, § 53, Allerh. best.
 Dsth. Gmt.-Beschl. 27. Mai 70.
 § 50. L.-D. 1863, § 54, Allerh. best.
 Dsth. Gmt.-Beschl. 27. Mai 70.
 § 51. L.-D. 1863, § 55.
 § 52. L.-D. 1863, § 56.
 § 53. L.-D. 1863, § 57.
 § 54. L.-D. 1863, § 58.
 § 55. L.-D. 1863, § 59.
 § 56. L.-D. 1863, § 60.
 § 57. L.-D. 1863, § 61.
 § 58. L.-D. 1864, § 62.
 § 59. L.-D. 1863, § 63.
 § 60. L.-D. 1863, § 64.
 § 61. L.-D. 1863, § 65.
 § 62. L.-D. 1863, § 66.
 § 63. L.-D. 1863, § 67.
 § 64. L.-D. 1863, § 68.
 § 65. L.-P. 1863, § 69.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 66. L.-D. 1863, § 70.
 § 67. L.-D. 1863, § 71.
 C.-Sch. 1870, § 1, II.
 § 68. L.-D. 1863, § 72.
 § 69. L.-D. 1863, § 73.
 § 70. L.-D. 1863, § 74 u. 76.
 L.-Sch. 1866, § 24.
 L.-Sch. 1879, § 26, A.
 L.-D. 1863, § 77.
 § 71. L.-D. 1863, § 75.
 § 72. C.-Sch. 1870, § 1, II u. Allerh.
 best. Dsth.-Gmt.-Beschl. 27.
 Mai 1870.
 § 73. L.-D. 1863, § 78.
 § 74. L.-D. 1863, § 79.
 § 75. L.-D. 1863, § 80. — Gewohn-
 heitsrecht.
 § 76. L.-D. 1863, § 81.
 § 77. L.-D. 1863, § 82.
 § 78. L.-D. 1863, § 83.
 § 79. L.-D. 1863, § 84.
 § 80. L.-D. 1863, § 85.
 § 81. L.-D. 1863, § 86.
 § 82. L.-D. 1863, § 87.
 § 83. L.-D. 1863, § 88.
 § 84. L.-D. 1863, § 89.
 § 85. L.-D. 1863, § 90.
 § 86. L.-D. 1863, § 91.
 § 87. L.-D. 1863, § 92.
 § 88. L.-D. 1863, § 93.
 § 89. L.-D. 1863, § 94.
 § 90. L.-D. 1863, § 95.
 § 91. L.-D. 1863, § 96.
 § 92. L.-D. 1863, § 97. Allerh. best.
 Dsth.-Gmt.-Beschl. 27. Mai 1870.
 § 93. L.-D. 1863, § 98.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 94. L.-D. 1863, § 99.
 § 95. L.-D. 1863, § 100.
 § 96. L.-D. 1863, § 101.
 § 97. L.-D. 1863, § 102.
 § 98. L.-D. 1863, § 103.
 § 99. L.-D. 1863, § 104.
 § 100. L.-D. 1863, § 105.
 § 101. L.-D. 1863, § 106.
 § 102. L.-D. 1863, § 107.
 L.-Sch. 1875, § 20.
 § 103. L.-D. 1863, § 108.
 § 104. L.-D. 1863, § 109.
 § 105. L.-D. 1863, § 111.
 § 106. L.-D. 1863, § 112.
 § 107. L.-D. 1863, § 113.
 § 108. L.-D. 1863, § 114.
 § 109. L.-D. 1863, § 115.
 § 110. L.-D. 1863, § 116.
 § 111. L.-D. 1863, § 117.
 § 112. L.-D. 1863, § 118.
 § 113. L.-D. 1863, § 119.
 § 114. L.-D. 1863, § 120.
 § 115. L.-D. 1863, § 121.
 § 116. L.-D. 1863, § 122.
 § 117. L.-D. 1863, § 123.
 § 118. L.-D. 1863, § 124.
 § 119. L.-Sch. 1879, § 26, B u. C.
 L.-Sch. 1875, § 23.
 § 120. L.-D. 1863, § 125.
 § 121. L.-D. 1863, § 126.
 § 122. L.-D. 1863, § 127, 128.
 § 123. L.-D. 1863, § 129.
 § 124. L.-D. 1863, § 130 u. 131.
 § 125. L.-D. 1863, § 132.
 § 126. L.-D. 1863, § 133.
 § 127. L.-D. 1863, § 134.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 128. L.-D. 1863, § 135.
 § 129. L.-D. 1863, § 136.
 § 130. L.-D. 1863, § 137.
 § 131. L.-D. 1863, § 138.
 § 132. L.-D. 1863, § 139.
 § 133. L.-D. 1863, § 140.
 § 134. L.-D. 1863, § 141.
 § 135. L.-D. 1863, § 142. — Ge-
 wohnheit.
 § 136. L.-D. 1863, § 143.
 § 137. L.-D. 1863, § 144.
 § 138. L.-D. 1863, § 145.
 § 139. L.-D. 1863, § 146.
 § 140. L.-D. 1863, § 147.
 L.-Sch. 1879, § 26, A.
 § 141. L.-D. 1863, § 148.
 § 142. L.-D. 1863, § 149.
 § 143. L.-D. 1863, § 150.
 § 144. L.-D. 1863, § 151.
 § 145. L.-D. 1863, § 152.
 § 146. L.-D. 1863, § 153.
 § 147. L.-D. 1863, § 154.
 L.-Sch. 1875, § 22.
 § 148. L.-D. 1863, § 155.
 § 149. L.-D. 1863, § 156.
 § 150. L.-D. 1863, § 157.
 § 151. L.-D. 1863, § 158.
 § 152. L.-D. 1863, § 159.
 § 153. L.-D. 1863, § 160.
 § 154. L.-D. 1863, § 161.
 § 155. L.-D. 1863, § 162.
 § 156. L.-D. 1863, § 163.
 § 157. L.-D. 1863, § 164.
 § 158. L.-D. 1863, § 165.
 § 159. L.-D. 1863, § 166.
 G.-Schl. 1865, § 25, 3.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 160. L.-D. 1863, § 167.
 § 161. L.-D. 1863, § 168.
 § 162. L.-D. 1863, § 169.
 § 163. L.-D. 1863, § 170.
 § 164. L.-D. 1863, § 171.
 § 165. L.-D. 1863, § 172.

Aufhebung des Generalgouv.

- § 166. L.-D. 1863, § 173.
 § 167. L.-D. 1863, § 174.
 § 168. L.-D. 1863, § 175.
 § 169. L.-D. 1863, § 176.
 § 170. L.-D. 1863, § 177.
 § 171. L.-D. 1863, § 178.
 § 172. L.-D. 1863, § 179.
 § 173. L.-D. 1863, § 180.
 § 174. L.-D. 1863, § 181.
 § 175. L.-Sch. 1869, § 39.
 § 176. L.-D. 1863, § 183.
 § 177. L.-D. 1863, § 184.
 § 178. L.-D. 1863, § 185.
 § 179. L.-D. 1863, § 186.
 § 180. L.-D. 1863, § 187.
 L.-Sch. 1865, § 25, 9.
 L.-Sch. 1869, § 39.
 § 181. L.-D. 1863, § 188 u. 190.
 § 182. L.-D. 1863, § 189.
 L.-Sch. 1869, § 39.
 L.-Sch. 1865, § 25, 9.
 § 183. L.-D. 1863, § 189, 190.
 § 184. L.-D. 1863, § 191.
 L.-Sch. 1865, § 25, 1, 3.
 § 185. L.-D. 1863, § 192.
 L.-Sch. 1865, § 25, 11.
 § 186. L.-D. 1863, § 193.
 Ritt. L.-Sch. 1875, § 25.
 § 187. L.-D. 1863, § 194, 173.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 187. L.-Sch. 1865, § 25, 11.
 § 188. L.-D. 1863, § 195, 173.
 § 189. L.-D. 1863, § 196.
 § 190. L.-D. 1863, § 197.
 § 191. L.-Sch. 1865, § 25, 2 u. 11.
 § 192. L.-Sch. 1865 § 25, 2, 11 u. 12.
 L.-Sch. 1870, § 20.
 Landesbeschluss vom 4. März
 1872.
 L.-D. 1863, § 226.
 L.-Sch. 1870, § 3.
 L.-Sch. 1875, § 26.
 § 193. L.-D. 1863, § 199.
 § 194. L.-D. 1863, § 200.
 § 195. L.-D. 1863, § 201.
 § 196. L.-D. 1863, § 202.
 L.-Sch. 1865, § 25, 7 u. 8.
 § 197. L.-D. 1863, § 203.
 § 198. L.-D. 1863, § 204.
 § 199. L.-D. 1863, § 205 u. 206.
 L.-Sch. 1870, § 1, II.
 § 200. L.-D. 1863, § 207.
 § 201. L.-D. 1864, § 208.
 § 202. L.-D. 1863, § 209.
 § 203. L.-D. 1863, § 211.
 § 204. L.-D. 1863, § 221.
 § 205. L.-D. 1863, § 221.
 L.-Sch. 1869, § 39.
 § 206. L.-D. 1863, § 210.
 § 207. L.-Sch. 1866, § 26 u.
 L.-Sch. 1870, § 1, II.
 § 208. L.-D. 1863, § 212.
 L.-Sch. 1865, § 25, 4, 6, 7, 9.
 L.-Sch. 1870, § 3.
 L.-Sch. 1875, § 26.
 § 209. L.-D. 1863, § 213, 214.

Landtags-
Ordnung
1881

Quelle.

- § 210. L.-D. 1863, § 215.
 § 211. G.-Sch. 1870 § 1, I. A.
 § 212. L.-D. 1863, § 216.
 L.-Sch. 1848, § 21.
 § 212. L.-Sch. 1854, § 21.
 § 213. L.-Sch. 1879, § 28.
 § 214. L.-D. 1863, § 217.
 § 215. L.-D. 1863, § 218.
 § 216. L.-D. 1863, § 219, 220.
 G.-Sch. 1865, § 25, 11.
 § 217. L.-D. 1863, § 224.
 § 218. L.-D. 1863, § 225.
 § 219. L.-Sch. 1866, § 24.
 Ritt. L.-Sch. 1879, § 8.

Landtags-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 220. L.-D. 1863, § 227.
 § 221. L.-D. 1863, § 228.
 § 222. L.-D. 1863, § 229.
 § 223. L.-D. 1863, § 230.
 L.-Sch. 1879, § 10.
 L.-Sch. 1869, § 37.
 § 224. L.-D. 1863, § 231.
 § 225. L.-D. 1863, § 232.
 G.-Sch. 1865, § 11.
 § 226. Delib. 39 des Landtgß. 1862.
 G.-Sch. 1863, VI.
 Comité-Relation 1868/9 III.
 § 1.
 § 227. L.-D. 1863, § 234.

Conferenz-Ordnung.

Conferenz-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 1. L.-Sch. 1866, § 23.
 § 2. G.-D. 1863, § 1.
 § 3. G.-D. 1863, § 2.
 § 4. G.-D. 1863, § 3.
 § 5. G.-D. 1863, § 4.
 § 6. G.-D. 1863, § 5.
 § 7. G.-D. 1863, § 6.
 § 8. G.-D. 1863, § 7.
 § 9. G.-D. 1863, § 8.
 § 10. G.-D. 1863, § 9.
 § 11. G.-D. 1863, § 10.
 § 12. G.-D. 1863, § 11.
 § 13. G.-D. 1863, § 12.

Conferenz-
Ordnung
1881.

Quelle.

- § 14. G.-D. 1863, § 13.
 § 15. G.-D. 1863, § 14.
 § 16. G.-D. 1863, § 15.
 G.-Sch. 1865, § 1.
 § 17. G.-D. 1863, § 16.
 § 18. G.-D. 1863, § 17.
 § 19. G.-D. 1863, § 18.
 § 20. G.-D. 1863, § 19.
 § 21. G.-D. 1863, § 20.
 § 22. G.-D. 1863, § 21.
 § 23. G.-D. 1863, § 22.
 § 24. G.-D. 1863, § 23.
 § 25. G.-D. 1863, § 24.